Nr. 38 — Jahrgang 13 Einzelnummer 0,20 Zl. Donnerstag, den 16. Februar 1928

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0.12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0.14 Zlp. Anzeigen unter Text 0.50 Zlp. von außerhalb 0.60 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 29. 2. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Konservative Galgenfrist

(Von unserem Londoner Korrespondenten.)

London, den 10. Februar.

Die Eröffnung der neuen Tagungsperiode des englischen Parlaments gibt Gelegenheit, die Bilanz der Regierung Baldwin zu ziehen. Die Regierung, so stellen die konservativen Blätter fest, hätte nicht abgewirtschaftet. Die letzten drei Neuwahlen hätten bewiesen, daß sie stärker sei, als man im vierten Winter ihres Bestehens erwarten konnte. Die Zeit der Schwankungen der öffentlichen Meinung sei vorüber, das tiefste Wellental der Mißstimmung überwunden. Die Regierung habe bei ihrem Antritt nicht viel versprochen, sie habe das Vertrauen der Nation gerechtfertigt. Worauf der Schluß gezogen wird: Baldwin könne vertrauensvoll den kommenden Wahlen entgegensehen.

An diesen Feststellungen ist zweifellos eines richtig: die wilden Kursschwankungen der Regierung im Bewußtsein der Oeffentlichkeit haben seit geraumer Zeit aufgehört. Sah es zu Beginn der vorigen Parlamentssession aus, als ob die Regierung an innerer Schwäche unmittelbar vor dem Zusammenbruch stehe, so hat sich die Regierung zweifellos wieder konsolidiert. Nach der Personenseite hat sie sich durch den Eintritt einiger jüngerer Minister unleugbar gekräftigt. Der Krieg zwischen Baldwin auf der einen, Churchill-Birkenhead auf der anderen Seite ist ausgekämpft. Freilich auf eine eigentümliche Weise. Baldwin hat vor seinem Schatzkanzler kapituliert. Ein ausgezeichneter englischer Karikaturist hat das unlängst schlagkräftig veranschaulicht. Man sieht da den Ministerpräsidenten, die Hände in den Hosentaschen, die unvermeidliche Pfeife im Munde, mit schläfrigem Gesichtsausdruck vorübermarschieren. Wer ist das? läßt der Zeichner eine junge Dame fragen: „Oh, das ist Herr Baldwin, ein Anhänger der gegenwärtigen Regierung Churchill," lautete die Antwort... Diese Schwerpunktsverschiebung der Regierung Baldwin nach der Seite Churchill-Birkenhead hin — mag sie auch dem ewigen Schwanken zwischen reaktionärem und fortschrittlichem Konservatismus und damit einem inneren Widerspruch ein Ende bereitet haben — hat den gesamten Charakter der Regierungspolitik verändert. Sie hat der Außenpolitik und Kolonialpolitik eine leichte, von der Regierung immer wieder abgeleugnete Wendung nach rechts gegeben, und vor allem die fortschrittliche Sozialpolitik der ersten beiden Sessionen liquidiert. Das Letztere geht aus der Thronrede, dem Regierungsprogramm für die nächste Parlamentssession klar hervor. Die Reform des veralteten Armenrechtes, das nach einer Anpassung an die veränderten sozialen Verhältnisse schreit, ist vertagt, das Fabrikgesetz vergessen, die Ratifikation des Washingtoner Abkommens abgesagt. Auf der anderen Seite hat die Regierung in letzter Zeit, unter dem Drucke rein fiskalischer und keineswegs außenpolitischer oder gar ethischer Erwägungen einige Abstriche in den Etats des Heeres und der Flotte gemacht und ein paar klägliche Anläufe in einer Sparpolitik versucht. Die Absicht ist deutlich: man will im letzten Jahre vor der Parlamentsauflösung, nachdem alles andere versagt hat, unter dem Zeichen der guten fiskalischen Geschäftsführung der Angelegenheiten auf die Nation Eindruck machen und unter dem Schlagwort „gesunde Finanzpolitik" bei den kommenden Neuwahlen siegen. Hier liegt der Kern der konservativen Behauptung von der „Bewährung der Regierung", und dieser Kern gibt davon Zeugnis, daß ein Finanzminister das Kommando des politischen Schiffes übernommen hat.

Was man mit dieser Kombination von sozialpolitischer Reaktion und finanzpolitischer Sparpolitik zu erreichen hofft, liegt klar zur Hand. Man will einmal die rebellierenden, auf dem rechten Flügel der Partei stehenden Kreise, die ständig über zu viel „Sozialismus" geklagt haben, bei der Stange halten, und andererseits jene „formlosen" bürgerlichen Wählermassen, die man 1924 durch den Sinowjewbrief seligen Angedenkens ins konservative Netz gelockt hat, von ihrem Kokettieren mit den Liberalen zurückhalten. Man rechnet damit, daß die Sozialpolitik auch bei den fortschrittlichen bürgerlichen Kreisen unpopulär sei, wenn sie mit Kosten verbunden ist und hofft, daß das Argument des Sparens mit der Perspektive auf eine Verminderung der Einkommensteuer die große, alles Bürgerliche verbindende Brücke darstellt. Muß man schon auf die Mehrheit der Arbeiter verzichten, so hofft man dadurch wenigstens die Zersplitterung der bürgerlichen Stimmen zu verhindern. Darum die Streichung aller neuen Ausgaben für Sozialpolitik, darum die paar Abstriche im Militäretat, die in Wirklichkeit nur Vermeidung zusätzlicher Kosten darstellen, darum jener unverkennbare Versuch, den Silberstreifen wirtschaftliche Besserung zur Morgenröte einer neuen Konjunkturperiode umzufälschen.

Auf die Arbeiterschaft, soweit sie nicht konservativ bis auf die Knochen ist (und es gibt zweifellos noch Hunderttausende stockkonservativer Proletarier) hat die Regierung damit verzichtet. Das weiß sie. Wie aber steht es mit dem Bürgertum, auf das Baldwin seine Hoffnungen setzt? Das nichtkonservative Bürgertum steht abwartend zur Seite. Es mißtraut dem liberalen Burgfrieden und zögert daher, den liberalen Einladungen zu folgen, die so überreich auf es geschauert werden, und es mißtraut nicht minder Baldwins Regierung, die sich plötzlich seiner Nöte und Bedürfnisse zu erinnern scheint. Wie wenn die Sparpolitik der Regierung nur ein neuer Sinowjew-Brief wäre? Wie wenn die Budget-Lasten weiter steigen, wenn in den drei vorangegangenen konservativen Budgets? Wie wenn die militärische Lastenverminderung nichts als Bluff wäre? Schon hat Churchill selbst auf die Träume von einem Steuerabbau kaltes Wasser gießen müssen. Wie, wenn alle Blütenträume solcher Art zerstört würden?

Man kann schon jetzt sagen, daß Baldwins Bewährungsfrist die Hoffnungen der Regierungskreise nicht bewahrheiten wird. Der Versuch, an Stelle von Leistungen positiver Art einen negativen Erfolg zu erzwingen, kommt zu spät. Die Bilanz ist zu ungünstig, als daß die Ergebnisse der Jahre 1924/27 in einen Erfolg umgefälscht werden könnten. Die letzten zwölf Monate können Wesentliches nicht mehr ändern.

Mit leeren Händen stehen Baldwin-Churchill vor der Nation. Die Mehrheit der Arbeiterschaft hat das längst erkannt und sich, wie 35 Nachwahlen zeigen, fester als je um die Arbeiterpartei geschart. Die politisch formlosen bürgerlichen Massen werden es begreifen, wenn die große Abrechnung mit ihrem Riesenangriff auf die konservative Regierungskunst da ist. Werden sie zu den Liberalen stoßen, werden sie sich ihrer Stimme enthalten? Was immer sie tun — so lange sie nicht ihre Stimme für Baldwin abgeben — werden sie der Arbeiterpartei den Weg zur Regierung ebnen. Daß Baldwin verloren ist, kann kaum mehr einem Zweifel unterliegen. Die Frage ist nur, wie stark die heutige Opposition sein wird. Nicht so sehr über Sein oder Nichtsein als Regierung wird Baldwins Galgenfrist entscheiden, wie über das Ausmaß der Macht, das die nächsten Wahlen in die Hände der Opposition legen werden.

Kurswechsel in Rumänien?

General Averescu Ministerpräsident — Die Bauernpartei soll in die Regierung eintreten

Bukarest. In politischen Kreisen wird die Frage aufgeworfen, ob die Stellung der Regierung wegen der letzten Vorgänge im Parlament als erschüttert zu betrachten sei. General Averescu gab dem Vertreter der Telegraphen-Union ein Interview, in dem er erklärte, daß er in spätestens 14 Tagen wieder Ministerpräsident sein werde. In anderen politischen Kreisen nimmt man an, daß, wenn eine Krise ausbrechen sollte, die nationale Bauernpartei der entscheidende Faktor sein werde, von dem die weitere Entwicklung abhängen werde.

Es verlautet dazu, daß die Regentschaft bereit wäre, der nationalen Bauernpartei die kommende Regierung zu übertragen, wenn die nationale Bauernpartei ihrerseits bereit wäre, in die neue Regierung einige hochstehende Persönlichkeiten aufzunehmen, die das besondere Vertrauen der Regierung genießen. In diesem Zusammenhang werden die Namen der Fürsten Stirbey und Titulescu genannt. Nicht uninteressant ist, daß der Präsident der nationalen Bauernpartei, Maniu, von der Königin-Witwe Maria zu Tisch geladen wurde. Der Einladung wird in politischen Kreisen eine gewisse Bedeutung beigemessen.

Stürmische Sitzung in der Kammer

Bukarest. In der Dienstag-Kammersitzung kam es zu stürmischen Szenen, als die Mehrheit einem Redner der Nationalen Bauernpartei das Wort nicht erteilen wollte. Bei der Abstimmung, die unter stürmischen Auftritten vorgenommen werden konnte, warf ein Mitglied der Nationalen Bauernpartei eine Urne zu Boden. Wegen des Lärms mußte die Sitzung unterbrochen werden. Zwei Abgeordnete der Partei werden von 20 bezw. 30 Sitzungen ausgeschlossen. Bei Wiederaufnahme der Sitzung gab Maniu die Erklärung ab, daß die Siebenbürger Abgeordneten der Nationalen Bauernpartei sich mit den ausgeschlossenen Abgeordneten solidarisch erklärten und nur gemeinsam mit ihnen wieder zu den Verhandlungen zurückkehren wollten. Innenminister Duca überging jedoch die Erklärung Manius und schritt zur Tagesordnung über.



Lloyd George gegen Baldwin

Schlechte wirtschaftliche Situation — Kein Vertrauen zu England

London. In Fortsetzung der Aussprache über die Thronrede wurde von dem Abgeordneten Harney ein liberaler Ergänzungsantrag eingebracht, der bedauert, daß die Thronrede keinen Hinweis dafür enthalte, daß die Regierung der Beseitigung der Härten und Schwierigkeiten des sozialen und industriellen Lebens ausreichende Aufmerksamkeit widme.

Lloyd George verwies auf den schlechten Eindruck, den die Verweigerung der Ratifikation des Washingtoner Achtstundenabkommens durch die britische Regierung in Genf gemacht habe. Die Rede des Ministerpräsidenten fand Lloyd George nur durch das Fehlen der wichtigsten Dinge bemerkenswert. Die großen englischen Schlüsselindustrien befänden sich trotz der allgemeinen Besserung der industriellen Lage in einer sehr schlechten Position. Baldwin habe dieses Problem nur gerade gestreift und die Landwirtschaft, die größte der britischen Industrien, überhaupt nicht berührt. In dem dem Bergbau gewidmeten Abschnitt habe der Hinweis gefehlt, daß die Förderung um 30 Millionen Tonnen gegenüber der Vorkriegszeit zurückgegangen sei. In Deutschland, Holland und Belgien sei die Kohlenförderung trotz der Einwirkung von Oel- und Wasserkräften gestiegen.

Die Quintessenz der Rede des Ministerpräsidenten habe darin bestanden: Im Norden seien Schwierigkeiten entstanden, im Süden sei alles in Ordnung, also gehe die Gesamtbilanz auf. Das sei einer Regierung unwürdig, die sowohl den Norden wie auch den Süden des Landes vertrete.

Die Valorisierung der polnischen Zollsätze

Berlin. Wie Berliner Blätter aus Warschau melden, erschien eine Verordnung des Staatspräsidenten im polnischen Staatsanzeiger über die Umrechnung der Sätze des polnischen Zolltarifes. (Valorisierung.) Die Zollsätze für die Waren, die in den Listen 1 und 4 aufgeführt sind, werden mit geringen Ausnahmen im vollen Ausmaß erst durch die Währungsreform vom Oktober 1927 erfolgten Entwertung des Zloty aufgewertet, d. h. um 72 Prozent. Für eine Reihe von Waren, wie Reis, Kaffee, Tee, Zucker, Fleischwaren usw., werden die Zollsätze nicht valorisiert. Für alle übrigen Waren werden die Einfuhrzölle im Verhältnis 1 zu 1,30 valorisiert. Die vorstehende Verordnung tritt am 14. März in Kraft.

Amerika tritt dem intern. Gerichtshof bei?

Paris. Nach einer Washingtoner Meldung der „Chikago Tribune" geht das Gerücht um, die amerikanische Regierung wolle vom Parlament die Genehmigung zum Beitritt zum internationalen Gerichtshof einholen. Dem Blatt zufolge betont man in politischen Kreisen, es sei äußerst zweifelhaft, daß der Senat einen derartigen Entschluß ratifizieren werde, wenn Coolidge die Vereinigten Staaten auch gern im Haag vertreten sähe.

Der neue hessische Staatspräsident

Darmstadt. In der Dienstag-Sitzung des hessischen Landtages wurde der bisherige Landtagspräsident Bürgermeister Adelung (Sozialist) mit 42 von 78 Stimmen zum Staatspräsidenten von Hessen gewählt.

Verhandlungsaussichten

Th. L., Warschau, 13. Februar.

Es ist wieder still geworden, um die Handelsvertragsverhandlungen. Seitdem die deutsche Delegation Warschau verlassen hat, hört man nichts positives mehr über die Aussichten für den Abschluß eines Handelsvertrages und es ist nur zu begrüßen, daß die Verhandlungen in den nächsten Tagen in Warschau — entgegen anderslautenden Nachrichten, die den Verhandlungsort nach Berlin übertragen — wieder beginnen sollen: ist bisher aus den Besprechungen auch nichts greifbares hervorgegangen, hat sich die Lage im Laufe der letzten Tage doch bedeutend gebessert und durch die Fühlungnahme wird der Boden für konkrete Resultate nach Ueberwindung der noch bestehenden Schwierigkeiten vorbereitet. Grundsätzlich war man sich in den maßgebenden politischen Kreisen über die Notwendigkeit einer Regelung der Wirtschaftsbeziehungen noch nie so einig wie jetzt, und sowohl Zaleski auf der polnischem, wie Stresemann auf der deutschen Seite werden froh sein, auf der nächsten Völkerbundstagung eine Besserung der deutsch-polnischen Beziehungen präsentieren zu können. Erst kürzlich hat der polnische Außenminister eine Rundfrage einer amerikanischen Presseagentur über die wichtigsten Probleme der Gegenwart für die einzelnen europäischen Staaten dahin beantwortet, daß ihm als wichtigste Frage für Polen der Abschluß des Handelsvertrages mit Deutschland erscheine.

So sind auch die Widerstände der landwirtschaftlichen Kreise in Deutschland, wie der industriellen Kreise in Polen gegen den Handelsvertrag ein wenig abgeschwächt worden, wobei zu sagen ist, daß dies bei dem beabsichtigten „Kleinen Vertrag" nicht allzuschwer gewesen sein mag: die grundsätzlichen Gegner des Vertrages hüben und drüben glaubten durch Nachgeben in den Fragen, die im engumgrenzten Rahmen des Kleinen Vertrages erforderlich waren, die Forderungen der Vertragsfreunde nach einem Großen Vertrag vorweggenommen und erheblich eingeschränkt zu haben.

Die Schwierigkeiten die jetzt noch zu überwinden sind, stellen für den weiteren Verlauf der Besprechungen keine wesentliche Gefahr mehr dar. Die Frage der Valorisierung der polnischen Zölle, die bekanntlich bisher das größte Hindernis darstellte, scheint nunmehr beigelegt zu sein. Wie zuverlässig verlautet, hat die polnische Regierung einen diesbezüglichen Beschluß vor einigen Tagen gefaßt, der den deutschen interessierten Stellen wohl ebenfalls in Kürze übermittelt werden dürfte. Man darf umsomehr annehmen, daß der Inhalt dieses Beschlusses eine geeignete Grundlage für weitere Verhandlungen bieten wird, als die wesentliche Schwierigkeit bisher lediglich in der Unkenntnis der Höhe und des Zeitpunktes der Valorisierung bestanden hat. Jetzt wird es Aufgabe der deutschen Unterhändler sein, ihre Forderungen nach Zollvergünstigungen lediglich mit dem neuen polnischen Tarif in Einklang zu bringen. Ebenso dürfte sich bald erweisen, ob die bestimmten Zusicherungen der maßgebenden polnischen Stellen über die Novellierung der berüchtigten Grenz-Zonenverordnung ernst gemeint waren: laufen doch am 1. März die Vollmachten der Regierung ab, und wenn bis dahin jene Verordnung in bezug auf ihre Auswirkung auf die deutsch-polnischen Vereinbarungen hinsichtlich der Niederlassungs- und Liquidationsfrage nicht geändert sein wird so wird die deutsche Seite hier ganz entschieden auftreten müssen. Indessen darf man hoffen, daß auch diese Angelegenheit in befriedigender Weise geregelt werden wird.

Wird es erst so weit sein, so wird der weitere Verlauf der Verhandlungen nur noch eine Frage der Erledigung der technischen Formalitäten bedeuten, die auf Grund unterrichteter Schätzungen kaum länger als 6 Wochen in Anspruch nehmen werden.

Französische Strafexpedition in Marokko

Paris. Wie aus Casablanca gemeldet wird, hat sich die Lage im Grenzgebiet der noch nicht unterworfenen Stämme erneut verschärft, so daß sich die französische Militärleitung zu einem Bombardement des Gebietes der Beni-Mellal entschloß, wo s. Zt. die entführten Verwandten des Generalgouverneurs von Marokko, Steg, gefangen gehalten wurden. Für das Bombardement wählte die französische Heeresleitung einen Hauptansiedlungsort zahlreicher Gebirgsbewohner, um ihm die nötige Wirkung zu verleihen.

Vor dem Rücktritt des Reichskabinetts

Berlin. Das Reichskabinett trat im Laufe des Dienstag nachmittags zu einer Sitzung zusammen, in der u. a. die mit der Verabschiedung des Etats zusammenhängenden Fragen erörtert wurden. Die Beratungen standen zweifellos auch im Zusammenhang mit den für morgen zu erwartenden Besprechungen mit dem interfraktionellen Ausschuß.

Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, zeigen auch die morgigen Verhandlungen über die Schulvorlage im interfraktionellen Ausschuß nach den bisherigen Beratungen keinerlei Aussicht auf Verständigung, so daß für Mittwoch mit dem endgültigen Scheitern der Schulvorlage gerechnet werden muß. Wie weiter verlautet, ist beabsichtigt, nach der Beendigung der Verhandlungen über die Schulvorlage eine Besprechung der Fraktionsführer zusammen mit dem Kabinett über die politischen Folgen stattfinden zu lassen.

Verfassungsstaatsstreich in Litauen

Vernichtender Schlag gegen die Minderheiten?

Berlin. Wie der Kownoer Vertreter des „Asien-Osteuropa-Dienstes" aus bestunterrichteter Quelle erfährt, soll am 16. Februar, dem Tage der 10jährigen Unabhängigkeit Litauens ein Dekret des Staatspräsidenten erlassen werden, das die litauische Verfassung grundlegend ändert. Der Präsident der litauischen Republik soll danach auf Lebenszeit gewählt werden. Der Sejm wird nicht mehr gesetzgeberische, sondern nur noch gesetzberatendes Organ sein. Die gesetzgeberischen Beschlüsse des Sejm werden für die Regierung künftig unverbindlich sein. Es besteht auch keine Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Parlament. Die Anzahl der Abgeordneten soll auf 40 herabgesetzt werden. Gegen die nationalen Minderheiten ist insofern ein entscheidender Schlag geplant, als das aktive, wie das passive Wahlrecht nur noch den Staatsbürgern litauischer Nationalität zustehen soll. Der Sejm soll nur einmal jährlich einberufen werden und höchstens vier Monate tagen.

Der Asien-Osteuropa-Dienst bemerkt hierzu: Es ist bekannt, daß der litauische Ministerpräsident schon seit langem eine Verfassungsänderung plante und zu diesem Zweck bereits ein Referendum ausgearbeitet hatte. Die Aussichten einer solchen Volksabstimmung über ein die Rechte der Volksvertretung einschränkendes Gesetz schienen aber in der letzten Zeit mehr und mehr zu schwinden.

Französisch-spanische Einigung in der Tangerfrage?

Paris. Wie amtlich mitgeteilt wird, ist zwischen der französischen und der spanischen Regierung über die Frage der Revision des Tangerabkommens von 1923 eine Einigung erzielt worden.

Die von der französischen Frühpresse gebrachte Mitteilung, daß die Tangerfrage endgültig geregelt sei, wird in dieser Form von unterrichteter Seite als verfrüht bezeichnet, obgleich zugestanden wird, daß man dicht vor dem Abschluß der Verhandlungen stehe. Die einzige schwierige Frage sei die Regelung der Leitung der Polizei in Tanger, die Spanien für sich beanspruche, an der jedoch auch Frankreich ein besonderes Interesse habe. Allem Anschein nach werde die spanische Regierung die Leitung der Polizei erhalten, wobei Frankreich durch die Entsendung eines höheren Polizeibeamten ein gewisser Einfluß eingeräumt werden würde. Sobald die französische und die spanische Regierung sich geeinigt haben sollten, wird der englischen und der italienischen Regierung davon Mitteilung gemacht werden.

Opposition Argentiniens in Havanna

London. Während der Verhandlungen der panamerikanischen Konferenz kam es zu einem erneuten Zusammenstoß zwischen der amerikanischen und der argentinischen Delegation über die Frage der Tarife. Der Vertreter Argentiniens, Pueyrredon, der sich im vergangenen Monat gegen hohe Tarife als den Handel schädigend gewandt hatte, kündigte gestern an, daß er nicht in der Lage sei, eine Konvention zu unterzeichnen, die nicht einen Hinweis auf die Notwendigkeit der Abschaffung außerordentlich hoher Tarifbarrieren im interamerikanischen Handel enthalte. Der Führer der amerikanischen Kommission, Hughes, erwiderte in einer längeren Rede, in der er darauf hinwies, daß alle anderen Länder der panamerikanischen Union gegen den Vorschlag Pueyrredons seien, da der Vorschlag souveräne Rechte der Nationen berühre. Der Vertreter Uruguays, Varela, schlug nach der Rede Hughes als Kompromiß vor, daß anstatt der Unterzeichnung einer Konvention die Delegierten der panamerikanischen Konferenz die ganze Frage ihren Parlamenten direkt unterbreiten sollten.

Die 3. Internationale und Mazedonien

Belgrad. Die Vernehmung der Kommunisten, die auf einer Parteizusammenkunft im vergangenen Dezember die Aufzeichnung unterschrieben, in denen die Richtlinien der Autonomie für Mazedonien niedergelegt waren, hat nach Athener Meldungen neues Licht auf die Tätigkeit der 3. Internationale geworfen. 68 Kommunisten, einschließlich verschiedener Deputierter, deren Verhaftung die Kammer zugestimmt hat, sind gegenwärtig festgenommen. Große Mengen von Dokumenten sind in die Hände der Behörden gefallen und zeigen, daß die kommunistische Partei unter direkter Anweisung der 3. Internationale für die Autonomie in Mazedonien und die Errichtung einer Sowjetrepublik arbeiten.

Um die Festsetzung der Reparationssumme

Regelung sämtlicher Schiedsverhältnisse auf einheitlicher Grundlage.

Berlin. Nach den Berliner Morgenblättern meldet der Berliner Vertreter der „Times" aus Neuyork, daß Parker Gilbert in seinem letzten Bericht zwar die Festsetzung der Reparationssumme empfohlen habe, jedoch nicht vorgeschlagen, Amerika solle seine Forderungen an die Alliierten reduzieren, ehe die Alliierten die Reparationen herabsetzten. Immerhin sei nicht zu erwarten, daß Gilbert sich der Tatsache verschließe, daß sämtliche Schuldverhältnisse auf einheitlicher Grundlage geregelt werden könnten.

Der Korrespondent der „Times" stellt ferner die Frage, ob für Amerika die sofortige Bezahlung von drei Milliarden Dollar nicht annehmbarer sei als die Zahlung seiner jetzigen Forderungen bei den Alliierten in Höhe von vier Milliarden zu unbestimmter Zeit. Akzeptierten die Vereinigten Staaten eine solche Herabsetzung auf drei oder zweieinhalb Milliarden so würde eine entsprechende Herabsetzung der deutschen Reparationen und die Beseitigung des gesamten gefährlichen Nachkriegsproblems wohl innerhalb von drei Jahren möglich sein.

Die Sowjets am Wirtschaftsrat uninteressiert

Genf. In einem Telegramm an den Generalsekretär des Völkerbundes teilte die Moskauer Regierung mit, daß sie an einer Vertretung in dem neu gebildeten Wirtschaftsrat des Völkerbundes nicht interessiert sei und infolgedessen von der Benennung geeigneter Persönlichkeiten für die Vertretung der Moskauer Regierung in den Wirtschaftsrat Abstand genommen habe.

Die ferne Frau

Roman von Paul Rosenhayn.

41)

Es ist eine Villa in sibirischem Stil: weißgestrichen, mit hohen hellen Fenstern; eine Mauer mit mächtigen Gittern umschließt es. Gleich neben dem Konsulatsgebäude, innerhalb des Mauerringes, liegt die alte russisch-orthodoxe Kirche. Nach Norden und Süden unterbricht sich die Mauer in einem hohen Einfahrtstor, das der Stern der Sowjet-Republik schmückt. Breite Gräben laufen rings um das Konsulat, das wie eine kampfbereite Festung in der mongolischen Morgensonne liegt. Netz aus Eisendraht spannen sich um die Gräben; transbaikalische Kosaken stehen Schildwache und mustern das Auto verstohlen mit verschlagenen Blicken.

Der Wagen biegt nach Westen ein; dort liegt die Festung des chinesischen Kommandanten, des Tutung von Urga. Die Zinnen sind unterbrochen von Schießscharten, durch die dunkel und lauernd die Mündungen der Kanonen blicken.

Ove weist nach drüben. Am Fuß des Berges, eingebettet in das Grün des Tales, liegen Steinhäuser; in ihrer Mitte ein hohes und massives Kloster.

„Das ist die Residenz des Chutuchtu," gibt Bintu-Wan Auskunft, „des lebenden Buddha von Urga."

„Das ist ein Kind, sagt man?"

Der andere nickt. „Buddhas Seele schlüpft in die Seele eines Kindes. Aber wenn das Kind in jenes Alter kommt, in dem die Menschen anfangen, selbständig zu denken und zu handeln, dann stirbt es eines plötzlichen und geheimnisvollen Todes. Das ist ein Unglück; denn alle Mongolen gehorchen dem Chutuchtu auf einen Wink seines Fingers. Das weiß China — und es weiß auch, daß ein erwachsener Chutuchtu ihm gefährlich werden kann."

„Gibt es eine gute Straße auf den Bogda-Ola?" erkundigte sich Ove.

Eben wendet das Fahrzeug nach Süden. Der Dolmetscher schüttelt betroffen den Kopf.

„Der Bogda-Ola ist heilig; niemand darf ihn betreten. Er ist bewaldet — das ist das größte Wunder im Bereich der Steppe. Der große Kaiser Dschingis-Khan liegt auf dem Bogda-Ola begraben; seit dem Tage seiner Beisetzung hat keines Menschen Fuß den Berg betreten."

Ove wendet unruhig den Kopf; ein rhythmischer Laut, der schwillt und ebbt, liegt in der Luft, erfüllt sie mit einem Klang, den man nicht eigentlich hört, den man fühlt, der alle Dinge zu durchtränken scheint.

„Was ist das, Bintu-Wan?"

Der Dolmetscher blickt hinüber; aber er gibt keine Antwort.

Eine Sänfte kommt dem Wagen entgegen. Sie ist in eine Staubwolke gehüllt; eine Stafette sprengt im Galopp voraus. Sie hält unmittelbar vor dem Auto; der Stafettenreiter macht eine Meldung; Bintu-Wan übersetzt: der Mandarin Li-nin-fa möchte sich die Ehre geben, sich nach den Wünschen des erlauchten Herrn Boye zu erkundigen.

Sie Sänfte wird von vier berittenen Mongolen getragen; die Stangen der Sänfte sind über die Sättel gelegt; Würdenträger und Beamte flankieren den Zug.

Herr Boye steigt aus; der Mongole, sein Begleiter macht eine Verbeugung und zugleich ein freundliches Gesicht. Herr Li-nin-fa, der Mandarin, gleitet würdevoll aus seiner Sänfte.

Herr Li-nin-fa hat ein Gesicht von jener lächelnden Verschlagenheit, die zugleich beunruhigt und entwaffnet. Er blickt an dem Mongolen, der jedes seiner Worte augenblicklich übersetzt, vorüber, als ob er ihn nicht sähe. Wie der Verlauf des Bahnbaues sei? Welche Fortschritte das Gleis mache? Er habe gehört, daß sechs Lokomotiven bereits in Kiachta eingetroffen seien. Er lächelt bei jedem Satz jenes asiatische Lächeln, das auf Kommando erscheint und verschwindet; und während er verbindlich Ove Jens Boyes Khakianzug betrachtet, scheint er jenem Klang zu lauschen, der langsam in ein Dröhnen übergeht. Sein listiges Auge schweift plötzlich hinüber zu Ove, verweilt sekundenlang, zum ersten Male, auf dem Gesicht des mongolischen Dolmetschers, und, seltsam, alle Herren seiner Begleitung scheinen dem Dröhnen zu lauschen, und alle scheinen es in irgendeine Beziehung zu Herrn Boye zu bringen. Dann sagt der Mandarin, daß Herr Ma Li Yang in der Audienzjurte Sorokto-Chans auf Herrn Boye wartete, und daß Herr Boye durch sein Erscheinen das Innere dieser Jurte in den Himmel auf Erden verwandeln werde. Und wieder wendet er den Kopf hinüber nach Norden, und Ove hat das Gefühl, als ob von dort ein schwerer dunkler Schatten herankrieche. Dann, mit erstaunlicher Schnelligkeit, setzt sich die Sänfte nebst Inhalt und nebst flankierenden Beamten wieder in Bewegung. Wagen, mit Maultieren bespannt, von Chinesen kutschiert, halten im Kreise, und Bintu-Wan unterrichtet Herrn Boye, daß das große Ereignis die Neugierigen aus der ganzen Umgegend herangezogen habe.

„Was eigentlich für ein Ereignis?"

Das Auto fährt über hügeliges Brachland, vorüber an dürftigen Zelten; dort drüben sieht man die Peripherie der eigentlichen Stadt. Und plötzlich quillt es aus dem Tal des Tola-Flusses: eine schwärzliche, schweigende Menschenmasse, die endlos und unerbittlich scheint wie ein Heerwurm von marschierenden Ameisen.

Boye sieht Bintu-Wan ins Gesicht! Bintu-Wan sieht an Boye vorüber. Und schweigt.

Vor der Jurte steht Ma Li Yang: klein, dick, blaß und schwammig. Er macht eine tiefe Verbeugung, und er verharrt in dieser Stellung, bis der Mongole Ove ein Zeichen gibt, daß er Ma Li Yang die Erlaubnis zum Aufstehen erteilen müsse. Dann gehen die Drei ins Innere des Zeltes, das europäischer eingerichtet ist als die Jurte von Taurin; ein richtiger Tisch, ein sibirischer geschnitzter Birkentisch, steht in der Mitte, ein paar niedrige Hocker um ihn herum. Der bronzene Buddha mit den Kerzen lächelt.

Ma Li Yang ist ernst und von einer seltsamen Einsilbigkeit. Es ist wahr, er legt Herrn Boye ein paar überwältigende Komplimente zu Füßen; aber er bringt es nicht fertig, zu lächeln; auch er hat den Kopf geneigt, wie lauschend auf das Dröhnen, das durch Urga geht.

Ove, nervös gemacht durch das drohende Schweigen, fragt plötzlich:

„Was bedeutet eigentlich dieser Zug, der durch die Stadt marschiert?"

Ma Li Yang lächelt zum ersten Male; er blickt Bintu-Wan an; Bintu-Wan lächelt zurück. Dann antwortet Ma Li Yang mit der Gegenfrage:

„Warum ist Bantam nicht selbst gekommen?"

„Er wird kommen," sagt Ove ungeduldig; „in einer Woche wird er hier sein. Er hat in London wichtige Geschäfte."

„So, so," wiederholt Ma Li Yang. „In London."

„Warum gelingt es mir nicht, Doktor Norinaga zu erreichen?" fährt Ove fort. Er hat das Gefühl, als ob er mit seinen Händen, die zupacken wollen, in eine gallertartige Masse greife, die sich seinem Druck entzieht — und die dennoch eine kompakte, widerstandsfähige und feindselige Wand bedeutet.

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Wieder ein Beispiel...

Mit dem oberschlesischen Klerus haben wir uns schon wiederholt befassen müssen. Das aber allerdings nicht von der guten Seite, denn diese auch kennen zu lernen, hatten wir bisher keine Gelegenheit und es scheint uns als ob wir dazu wohl kaum kommen werden, es sei denn, es geschahe ein Wunder. Das Zeitalter der Wunder ist jedoch längst vorbei, nicht einmal eine Resel von Konnersreuth hat auf die Dauer Glück, trotzdem die menschliche Dummheit noch lange nicht ausgestorben ist.

Ein Vorfall der sich im Rybniker Kreise abspielte, gibt uns wiederum Gelegenheit, so recht das „wahre und echte Christentum" der Diener Gottes auf Erden unseren Lesern vorführen zu können. In Gogolewa, einem Ortchen im Kreise Rybnik lebte der Arbeiter Leon Lesnikowski mit seiner ziemlich zahlreichen Familie. Recht und schlecht, wie jeder Arbeitssklave schlug er sich durchs Leben, bis er eines Tages dem Abbau zum Opfer fiel, wie auch so viele andere. Und war sein Leben bisher kümmerlich genug, so wurde es jetzt trostlos. Der Hunger hielt „Kehrein" in seiner Familie, von der Arbeitslosenunterstützung waren die vielen hungrigen Mäuler nicht zu sättigen und so schnallte sich Lesnikowski seinen Kindern zu Liebe den Leibriemen immer enger, bis er entkräftet sich aufs Krankenlager warf. Hunger, Kummer und Sorgen hatten den Mann zermürbt, da half keine ärztliche Kunst mehr. Lesnikowski war eines Tages nicht mehr und eine schluchzende Frau, ein halbes Dutzend schreiender Kinder, vor Schmerz und Hunger, umstanden sein Lager. Und in dieser herben Not war es nicht der Ortspfarrer der hilfreich den Armen unter die Arme griff. Nein, es waren arme Teufels, genau so wie es Lesnikowski war, die den Hinterbliebenen Worte des Trostes spendeten und auch manchen klingenden Rat. Armut half der Armut!

Und nun kommt der Schluß der so tragischen Geschichte einer Proletarierfamilie. Lesnikowski war katholisch, also sollte er dem Wunsche seiner Frau nach, nach katholisch-kirchlichem Ritus seinen letzten Gang antreten, seine Ruhestätte finden. Das kostet aber Geld, die Kirche macht nichts umsonst, und Frau Lesnikowski hatte jedoch keins. Doch Seine Hochwürden Herr Pfarrer Musiol aus Polomia ließ sein Christentum leuchten und verlangte nur — 60 Zloty, die ratenweise abgezahlt werden sollten. Schließlich blieb der armen Frau nichts anderes übrig als auf diesen pfarrherrlichen Handel einzugehen, sollte ihr Wunsch Erfüllung finden. Sie zahlte 20 Zloty an und blieb 40 schuldig, unterschrieb einen Schuldschein und Lesnikowski kam mit allen kirchlichen Ehren und Zeremonien in die Erde. — Wochen vergingen, dann erhielt Frau Lesnikowski ein Schreiben vom Pfarramt Polomia. Es ist so eigenartig und so echt christlich gehalten, daß wir es aus dem Polnischen wörtlich übersetzt bringen:

Polomia, den 20. 11. 27.

Frau Lesnikowski, Witwe des Herrn Lesnikowski in Gogolowa.

Infolge Umbau der Pfarrei auf eigene Kosten bin ich gezwungen, den mir von Ihnen zustehenden Betrag von 40 Zloty einzufordern. Derselbe ist innerhalb eines Monats zu entrichten, andernfalls ich gerichtlich vorgehen müßte.

Mit Hochachtung
Katholisches Pfarramt.
Ks. Musiol, Pfarrer.

Ein Kommentar ist hier eigentlich überflüssig, aber verdient dieses pfarrherrliche Dokument nicht öffentlich festgehalten zu werden? Dieses Dokument, das so brutal das wahre Gesicht des dem oberschlesischen Volke so oft gepredigten echten Christentums zeigt. — Dieser Priester verdiente...

Aber mögen unsere Leser selber urteilen. J. H.

Kündigung von Gehaltsabkommen

Wie uns vom Afabund mitgeteilt wird, hat die Arbeitsgemeinschaft der oberschlesischen Angestelltenverbände am 15. Februar zum 1. März 1928 die Gehaltsabkommen für die Angestellten der oberschlesischen Schwerindustrie und der weiterverarbeitenden Metallindustrie gekündigt. Es sind daher neue Gehaltsverhandlungen im Laufe des Monats März zu erwarten. Die Forderungen der Angestellten werden erst bei den Verhandlungen selbst unterbreitet werden.

Eine Finanzdiktatur in Polen

Die polnischen Steuerzahler wurden durch zwei Anordnungen des Finanzministeriums sehr unangenehm überrascht. Die erste Anordnung betrifft die Eintreibung der rückständigen Steuer. Das Finanzministerium will die Rückstände rücksichtslos eintreiben und da es, infolge der Ueberlastung des Personals mit den zur Verfügung stehenden Kräften schlecht möglich ist, wurden 250 neue Sequestratoren angestellt, die sich lediglich mit der zwangsweisen Einziehung der rückständigen Steuer befassen werden. Diese Anordnung wird infolge der herrschenden Geldknappheit so manchem Steuerzahler die wirtschaftliche Existenz kosten. Sie bringt uns jedoch nichts neues, weil wir das alles gewöhnt sind. Viel gefährlicher ist die zweite Anordnung, die den Steuerzahler unter eine besondere Kontrolle stellt.

Bei allen Finanzkammern (Wydzial Skarbowy) werden vom 15. Februar besondere „Auskunftsbüros" eingerichtet. Der Zweck dieser „Auskundschaftsbüros" wird die Ueberwachung der Steuerzahler im Staate sein. Alle Erscheinungen des wirtschaftlichen Lebens, ferner alle Handelstransaktionen, Anleihen, Einkäufe, ja sogar Reisen und Aufenthalt in der Sommerfrische und überhaupt die Lebensweise eines jeden Bürgers wird durch besondere Finanzkontrolleure überwacht. So steht ausdrücklich in dem Amtsblatte des Finanzministeriums vom 1. Februar über die „Auskundschaftsbüros" zu lesen. Die Instruktion spricht ausdrücklich von einer „Auskundschaftung" aller Erscheinungen des wirtschaftlichen Lebens, von einer eingehenden und genauen Evidenzhaltung und der Uebermittelung aller dieser Tatsachen den Steuerämtern.... Alle Aemter, die dem Finanzministerium unterstellt sind, werden angewiesen, das Material, welches sie hinsichtlich der Steuerzahlung besitzen, den Auskundschaftsbüros zuzustellen. Alle Akzisen und Staatsmonopole werden angewiesen, dem „Auskundschaftsbüro" mitzuteilen, wer bei ihnen die Einkäufe besorgt, für wieviel und von woher er das Geld dazu nimmt. Die Bilanzabteilungen der Finanzkammer — heißt es weiter im Amtsblatte — müssen den Auskundschaftsbüros jegliche Informationen, insbesondere über den Besitz von Aktien, über die Höhe der Dividende und Tantiemen, ferner Remunerationen, die an Vorstandsmitglieder und Aufsichtsräte ausgezahlt werden, erteilen. Die Zollämter werden den Zolldeklarationen von allen durch Privatpersonen verzollten Waren einsenden. Auch müssen Informationen über Postsendungen gesammelt werden.

Die Auskundschaftsbüros werden genaue Informationen führen über Autokäufe der Steuerzahler, ferner über Auslandsreisen, über Villenbauten, Häuserbauten, über Einkauf von Vieh, über Geldsendungen durch die Post, über Sommerreisen und Aufenthalt in Kurorten und Sommerfrischen, über alle Transporte durch die Spediteure und der Empfänger, über ständige und zeitweise Besuche von Börsen und endlich über das Wohnen in den Hotels. Die Theater sind verpflichtet, die Auskundschaftsbüros über die Höhe der gezahlten Gagen an alle Schauspieler zu informieren. Die Auskundschaftsbüros werden die Presse fleißig lesen, insbesondere die Inserate und alles was sich auf Steuer bezw. Vermögen von Personen beziehen könnte, fleißig notieren. Die Auskundschaftsbüros werden genaue Aufzeichnungen über Spareinlagen in der P. K. O. und diversen Banken, über Wechselgeschäfte, über alle Bahntransporte, über alle Eintragungen in den Registergerichten, über alle Verträge bei Rechtsanwälten und Notaren führen, mit einem Wort: die Bürger werden unter Kuratell von Finanzdetektiven gestellt, die jede ihre Handlungsweise genau überwachen werden.

Vom 15. Februar ab, erhält jeder einen „Schutzengel", der ihn auf Schritt und Tritt überwachen wird, aber nicht etwa mehr Geld ausgibt, als er beim Steueramte deklariert hat. Eine schöne Sklaverei steht uns da bevor, wie man sie nicht einmal im Mittelalter gekannt hat. Da wird es auch den Dieben schwer ergehen, weil man sofort darauf kommt, daß sie in Besitz des Geldes gelangt sind, ohne dasselbe rechtmäßig erworben zu haben. Haben nicht etwa die Bolschewisten ein ähnliches Ueberwachungssystem bei sich eingeführt? — — —

Um die Entlöhnung der zum Achtstundentag übergeleiteten Arbeiter

Am Dienstag, vormittags 11 Uhr, hatte die Tarifgemeinschaft wiederum mit den Arbeitgebern verhandelt. Die Ursache war, daß der Arbeitgeber den übergeleiteten Arbeitern zum Achtstundentag um 2 Stunden ihren Lohn kürzte. Nach dem rechtlichen Standpunkt ist es nicht zulässig den Lohn zu kürzen, besteht vorerst der Tarifvertrag bis zum 1. März 1928 und die Gewerkschaften hatten dieses Vorgehen als Tarifbruch bezeichnet. Nachdem aber die Gewerkschaften mittels eines Schreibens den Demobilmachungskommissar darüber verständigten, hatte dieser die erforderlichen Verhandlungen eingeleitet. Bei diesen hatte die Arbeitnehmerseite die Rechtsfrage klargelegt und besonders betont, daß der Arbeitgeber sehr unlogisch die Bezahlungsfrage angefaßt hat. Ihr Standpunkt wäre geradezu provozierend, denn bei der Ueberleitung von 8 auf 10 Stunden hat man dem Arbeiter den Lohn nur umgerechnet, infolgedessen kann bei einer Zurückführung von 10 auf 8 Stunden ebenfalls nur eine Umrechnung erfolgen. Der Arbeitgeber führte dem entgegen ins Feld, daß die Ueberleitungsfrage auf acht Stunden vom Arbeitgeber so loyal behandelt worden ist und daß der Arbeitgeber mehr Arbeiter übergeleitet hätte (!). als wie die Regierungsbekanntmachung es vorsieht. Der Arbeitgeber hat also selbst Lasten auf sich genommen, die für den heutigen Wirtschaftsgang schwer tragbar sind. Der Arbeitgeber setzte hinzu, daß es eine Selbstverständlichkeit ist, wenn bei 8 Stunden Arbeit nur 8 Stunden bezahlt werden. Würden alle Arbeiter übergeleitet, hätte die oberschlesische Industrie ungefähr 3 Millionen Mehrausgaben und außerdem würde sich noch die Belegschaft um 5000 Mann vergrößern, was wiederum eine weitere finanzielle Belastung bedeutet. Außerdem wird der Arbeiter in der Eisenindustrie sehr gut bezahlt, da die Löhne der Eisenhüttenarbeiter aller Gruppen durchschnittlich 10 Zloty übersteigen, wogegen die Löhne im Bergbau und Metallhütten viel niedriger gehalten sind. Schließlich wurde noch erklärt, daß man bei den Metallhütten die Umrechnung von 10 auf 8 Stunden ohne weiteres anerkenne, nur bei den Eisenhütten müßte die Verkürzung des Lohnes bestehen bleiben.

Von der Tarifgemeinschaft wurde zunächst festgestellt, daß das Vorgehen der Arbeitgeber einen Rechtsbruch bedeutet, da bis zum 1. März 1928 an diesen Löhnen nicht gerüttelt werden kann. Dann ist aus der Begründung der Arbeitgeber zu entnehmen, daß diese sich als Meistbelasteten betrachten, während dies nicht der Fall ist, da lediglich der Arbeiter der Meistbelastete war. Im Jahre 1924 sind ihm 2 Stunden Mehrarbeit auferlegt worden, ohne daß er damals eine Entschädigung dafür bekam, also hat der Arbeiter die Lasten getragen vom Jahre 1924 bis zum heutigen Tage und hat er 10 Stunden anstatt 8 Stunden im Interesse des Aufstiegs der Wirtschaft gearbeitet. Er hat eminente Opfer auf sich genommen. Weiter hat der Arbeiter in dieser verflossenen Zeit die Produktion um ein Beträchtliches gehoben. Keine technische Verbesserung hat es gemacht, sondern auf den Schultern der Arbeiter ist dieser Produktionsstand erzielt worden und nachdem wir heute in einem sehr guten Konjunkturverhältnis stehen, wobei die Unternehmungen reichlich Gewinne abwerfen, will man dem Arbeiter, der nunmehr wieder zurück auf 8 Stunden übergeleitet ist, diese damals gestohlenen 2 Stunden glattweg vom Lohn kürzen. Die Tarifgemeinschaft hatte entschieden gegen dieses Verhalten in ihrer Entgegnung Stellung genommen und ist gewillt, mit allen Mitteln derartiges zu verhindern. Bezeichnend für die unsichere Stellung der Arbeitgeber ist, daß sie diese Verhandlung fortführten und zum Ausdruck brachten, daß der Verlust von 2 Stunden auf beide Schultern abgewälzt werden soll, und zwar will der Arbeitgeber 9 Arbeitsstunden für 8 verrechnen und der Arbeiter soll eine Stunde verlieren. Als darauf nicht reagiert wurde, hat die Arbeitgeberseite diesen Vorschlag erweitert und will 60 Prozent des Lohnausfalles für die zwei Stunden tragen. Nach geteilter separater Verhandlung wurde von der Tarifgemeinschaft auch dieser Vorschlag abgelehnt, weil Rechtsbrüche grundsätzlich abgelehnt werden müssen. Dadurch sind die Verhandlungen am Spätnachmittag gescheitert. Für Mittwoch, den 15. d. Mts., vormittags 11 Uhr, sind weitere Vergleichsverhandlungen beim Demobilmachungskommissar angesagt.

Kattowitz und Umgebung

Der städtische Haushaltsetat 1928/29. Der Magistrat in Kattowitz hat auf seiner Sitzung den von der städtischen Budgetkommission aufgestellten Voranschlag für den Haushaltsetat 1928/29 angenommen. Das Budget der Stadt Kattowitz liegt in der Stadthauptkasse auf der ulica Pocztowa 7, 1. Stockwerk, in der Zeit vom 14. bis einschließlich 21. Februar d. J. zur öffentlichen Einsicht durch die Bürgerschaft aus, und zwar in den Dienststunden, täglich von 8 bis 12 Uhr vormittags.

Gastspiel der Berliner Staatsoper. Die Deutsche Theatergemeinde macht darauf aufmerksam, daß die vorbestellten Karten für das Gastspiel der Berliner Staatsoper bis spätestens zum 20. d. Mts., mittags 2 Uhr, abzuholen sind. Karten, die bis zu diesem Termin nicht abgeholt worden sind, werden anderweitig vergeben.

Herabsetzung der Kinosteuer. In der Kattowitzer Kinosteuerfrage ist inzwischen eine Wendung eingetreten, und zwar insofern, als laut einem Beschluß auf einer Sitzung des Magistrats in Kattowitz vorübergehend eine Herabsetzung der Lustbarkeitssteuer von 40 auf 35 Prozent erfolgen soll, nämlich vom Zeitpunkt der Wiedereröffnung der Kinos bis zum Schluß des Rechnungsjahres, jedoch unter der Voraussetzung, daß seitens der Kinobesitzer eine entsprechende Ermäßigung der Preise für die Kinokarten vorgenommen wird. Somit ist nach Begründung des Magistrats den Einwendungen der Kinobesitzer, wonach für dieselben seinerzeit die 40prozentige Billettsteuer überraschend vorgenommen wurde, durch die eingetretene Herabsetzung Rechnung getragen worden, obgleich die Steuer von 40 Prozent laut dem Ortsstatut vorgesehen war.

Vom städtischen Gesundheitsamt. Allen Personen, welche vor der Eheschließung stehen, wird bekanntgegeben, daß beim städtischen Gesundheitsamt auf der ulica Mlynska 4, Eingang 2, Zimmer 32, besondere Karten verabfolgt werden, welche zur Inanspruchnahme der ärztlichen Beratungen bei Eheschließungen, Geschlechtskrankheiten usw. berechtigen. Zu wenden haben sich die betreffenden Personen an die neu eröffnete Beratungsstelle (poradna eugeniczna) beim Roten Kreuz auf der ulica Andrzeja 8 in Kattowitz, woselbst die ärztliche Beratung erfolgt. Es wird von amtlicher Stelle vorausgesetzt, daß von dieser sanitären Einrichtung ausgiebig Gebrauch gemacht wird.

Arbeiter-Schachverein Kattowitz. Der offizielle Spielabend findet an jedem Donnerstag um 7,30 Uhr im Saale des Zentralhotels statt. Außerdem kann an jedem Sonnabend, soweit der Saal frei ist, daselbst gespielt werden. Da wir in kürzester Zeit Wettkämpfe mit anderen Vereinen austragen werden, muß jedes Mitglied sich am Spiel rege beteiligen, damit die Wettkämpfe zu unserem Vorteil ausfallen. Die Aufnahme neuer Mitglieder findet an den Spielabenden statt.

Beschlagnahmt. Wegen der Veröffentlichung eines Artikels über den Lober-Gudermuth-Spionageprozeß wurde die gestrige Ausgabe der „Kattowitzer Zeitung" beschlagnahmt.

Bogutschütz. (Wählerversammlung.) Am Sonntag, den 12. Februar fand im Machalicaschen Saale eine sehr gut besuchte Wählerversammlung der P. P. S. und D. S. A. P. statt. Der Vorsitzende der P. P. S. eröffnete dieselbe und übergab das Wort dem Gen. Bobek, der in polnischer Sprache, nach diesem Gen. Matzke, der in deutscher Sprache sein Referat hielt. Nachdem noch Genossin Drosdz von der P. P. S. ergänzend zu den Referaten sprach, setzte eine sehr scharfe Diskussion ein. Die Sanacja wie auch die Jednosc Robotnika kam hier zu Wort, doch unsere Diskussionsredner, gleich ob polnisch oder deutsch, gaben diesen die Zuversicht, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur dann erfolgen kann, wenn diese sich vollzählig unter das Banner unserer Parteien begibt. Die Vertreter der fremden Parteien zogen es, zu verschwinden, anstatt sich das Schlußwort des Gen. Bobek anzuhören. Reicher Beifall zeugte nach diesem von dem guten Einverständnis, das ein Teil der oberschlesischen Arbeiterschaft schon erfaßt hat. Nachdem noch der Vorsitzende ein Hoch auf beide Parteien ausbrachte, ging die Versammlung — nach vierstündiger Dauer — in dem Bewußtsein nach ihrem Heim, alles aufzubieten, damit ein Sieg der Liste 2 erfolgt.

Rosdzin. (Auf der Schlackenhalde verbrannt.) Der auf der Rosdziner Halde beschäftigte 26 Jahre alte Arbeiter Ernst Szerzyna wurde dieser Tage auf der Halde vollständig verkohlt aufgefunden. Wie es sich herausstellte, setzte sich Sz. an der Halde zum Wärmen nieder und wurde durch einen unglücklichen Zufall von glühenden Schlacken verschüttet.

Janow-Schoppinitz. (Wählerversammlungen.) Die für Sonntag, den 12. Februar in Janow und Schoppinitz einberufenen öffentlichen Wählerversammlungen erfreuten sich eines zahlreichen Besuches. Beide Versammlungen hatten einen überaus friedlichen Verlauf, weil es die Referenten in ihren praktischen Ausführungen verstanden, die Versammelten zu fesseln und die Wichtigkeit der Wahlen für das Proletariat klarzulegen. Genosse Z. von der D. S. A. P., welcher in Janow auftrat, geißelte besonders die überaus große Spaltung der Linksparteien, wo man anstatt die Einheitsfront zu schaffen, gerade durch Einreichung von mehreren radikalen Wahllisten das Proletariat noch mehr gespalten hatte und man feststellen muß, das dies gerade dieselben Elemente sind, welche auf allen Versammlungen und in Betrieben die Einheitsfront predigen. Der Aufforderung aller Redner in beiden Versammlungen, für die sozialistische Liste Nr. 2 zu stimmen, wurde mit Beifall aufgenommen. Eine kurze, sachliche Diskussion erfolgte, so daß nach Absingen des Czerwony Standar die Versammlungen geschlossen wurden.

Glänzender Verlauf einer Wähler-Versammlung

Die Orzegower Arbeiterschaft für den sozialistischen Wahlblock — Erfolglose Störungsversuche der Aufständischen

Die am vergangenen Sonntag in **Orzegow** abgehaltene Wählerversammlung der vereinigten sozialistischen Parteien nahm einen unerwartet glänzenden Verlauf. Hunderte Personen fanden sich im Pyka'schen Saal ein, um das Programm des vereinigten polnisch-deutschen sozialistischen Blockes in Oberschlesien zur Kenntnis zu nehmen. Nach Eröffnung der Versammlung ergriff sofort der Genosse **Slawik** (P. P. S.) das Wort und setzte in längeren Ausführungen den Standpunkt der sozialistischen Parteien zu den nächsten Wahlen auseinander. Er charakterisierte in ausgezeichneter Weise die bisherige Arbeit der bürgerlichen Abgeordneten Oberschlesiens im Warschauer Sejm, die für Arbeiterinteressen buchstäblich nichts übrig hatten. Man konnte im Gegenteil feststellen, daß sie zum Schaden der Arbeitnehmerschaft gewirkt haben. Da jetzt erneut die oberschlesische Arbeiterschaft ihre Vertreter in den Warschauer Sejm und den Senat entsenden soll, muß sie sich darüber klar sein, daß nur wirkliche Arbeitervertreter ihr Los verbessern können. Ueberall sind Kräfte am Werke, die Arbeiterrechte zu beschneiden. In diesem Bestreben sind sich die Kapitalisten in Polen ohne Unterschied der Nationalität und Sprache alle einig. Aus diesem Grunde müsse die Arbeiterklasse Oberschlesiens ihre Kräfte sammeln und denselben Weg gehen, den ihr die besitzende Klasse vorgeschrieben habe. Die vereinigte Sozialdemokratie wird sich jederzeit gegen jegliche Unterdrückung, von welcher Seite sie auch kommen mag, wenden und für Recht und Gerechtigkeit eintreten.

Als zweiter Redner sprach Genosse **Gorny** (D. S. A. P.) in deutscher Sprache. Gleich zu Beginn seines Referates machte sich ein Widerspruch eines Aufständischen gegen das deutsche Sprechen bemerkbar. Doch gelang es dem Versammlungsleiter bald Ruhe in die Versammlung zu bringen, da nur einige Schreier im Saale anwesend waren. Genosse Gorny konnte daraufhin in ¾ stündigen Ausführungen den Standpunkt der deutschen Sozialisten zu den nächsten Parlamentswahlen ohne jegliche Störung klarlegen. Er wandte sich zunächst gegen die unvernünftigen Schreier, die zum größten Teil dem Lager der Aufständischen angehören und die immer noch nicht begreifen können, daß in Oberschlesien doch noch eine große Anzahl von Arbeitern lebt, die sich der deutschen Sprache bedient, weil sie jahrzehntelang genau so wie die Aufständischen deutsche Schulen besucht hat. Doch er freue sich, daß die Mehrzahl der anwesenden Arbeiter vernünftig genug ist, seine Ausführungen in deutscher Sprache zu hören. Es ist unbedingt notwendig, daß man die Verhältnisse in Oberschlesien so betrachtet, wie sie tatsächlich sind. Man dürfe nicht so wie die „Sanacja Moralna" die Augen verbinden und dauernd von einer Ausrottung dieser Elemente sprechen. Man kann die vielen oberschlesischen Arbeiter, die der deutschen Kulturgemeinschaft angehören, nicht so einfach von der Bildfläche verschwinden lassen, sondern sich mit der bestehenden Tatsache abfinden und sie als Minderheit anerkennen. Eher oder später müsse doch die Frage der Minderheiten in der Republik Polen eine Lösung finden. Die sozialistischen Parteien aller Länder sind immer dafür eingetreten, daß die Frage der Minderheiten in jedem Staate eine gerechte Lösung findet. Namentlich in Oberschlesien, wo polnische und deutsche Arbeiter nebeneinander leben, ist in erster Linie notwendig, die nationale Streitaxt zu begraben. Die Arbeiter müssen ihr Augenmerk mehr auf **die sozialen Fragen** lenken. In längeren Ausführungen setzte der Redner auseinander, aus welchem Grunde die deutschen und polnischen Sozialisten einen gemeinsamen Wahlblock geschaffen haben. Die Versammelten nahmen von diesen Ausführungen ohne Widerspruch Kenntnis; ein Zeichen dafür, daß die Orzegower Arbeiterschaft mit dem Schritt der beiden sozialistischen Parteien voll und ganz einverstanden ist. Der Redner schließt seine Ausführungen damit, daß nur der Sieg des sozialistischen Wahlblockes eine Aenderung der bisherigen Verhältnisse und Zustände zum Besseren herbeiführen könne.

Die beiden Referate wurden seitens der Anwesenden mit Zustimmung und reichem Beifall aufgenommen.

In der Diskussion sprach ein Lehrer, der der „Sanacja Moralna" angehört. Er konnte die Versammelten absolut nicht überzeugen, zumal er der Arbeiterschaft plausibel zu machen versuchte, daß ihr das Gespenst der Arbeitslosigkeit drohe, wenn ihre Löhne „übermäßig" erhöht werden. Mit solchen Argumenten könnte er selbstverständlich bei der Arbeiterschaft keinen Anklang finden.

Auch den Ausführungen eines N. P. R.-Redners schenkte die versammelte Arbeiterschaft kein Gehör, da er nur in seinem Kauderwelsch die P. P. S. des nationalen Verrates am Polentum bezichtigte, was kein vernünftiger Arbeiter mehr ernst nimmt.

Das Schlußwort des Genossen Slawik fand darin einen Ausklang, daß die Zukunft der vereinigten polnisch-deutschen Sozialdemokratie gehöre und in Oberschlesien der sozialistische Wahlblock unbedingt den Sieg davontragen müsse. Die Versammelten stimmten begeistert in den Ruf ein „Es lebe der vereinigte deutsch-polnische sozialistische Wahlblock, Es lebe der Sozialismus". Damit fand diese glänzend verlaufene Wählerversammlung ihr Ende.

Kommunales aus Schwientochlowitz

In selten einer Gemeinde Oberschlesiens gestaltet sich die Zusammenarbeit der Fraktionen untereinander in so versöhnlichem Geiste wie in Schwientochlowitz. Dieses weiter zu pflegen und womöglich noch zu vertiefen ist, so weit es sich bis jetzt übersehen läßt, auch das Ziel des neuen kommissarischen Gemeindevorstehers Herrn Polak. Dieser Umstand gereicht zweifellos nur zum Vorteil der gesamten Bürgerschaft. Trotzdem die gestrige Tagesordnung recht inhaltreich war, gelang es diese doch in einer 3½stündigen Sitzung glatt zu erledigen, dank der Vorarbeit, welche die Kommissionen bereits geleistet haben. Als Hauptpunkt figurierte der vorgelegte Haushaltsplan für das Jahr 1928/29, an dem bereits seitens der Finanzkommission verschiedene Positionen erhöht wurden, und das vor allem in den Ausgaben für die Ortsarmen. Der Voranschlag schließt in Ein- und Ausgaben mit einer Summe von 1 429 000 Zloty ab, ist also fast um 100 Prozent höher wie im vergangenen Jahre. Nachdem dieser von den Herren Walecki und Dyrda erläutert wurde, nahm diesen das Plenum nach kurzer Debatte einstimmig an. Von drei Dringlichkeitsanträgen seitens der deutschen Fraktion wurde einer als dringend anerkannt und die zwei übrigen auf die nächste Sitzung vertagt. Da in dem Rechnungsjahr 1926 verschiedene Positionen überschritten wurden, ist seitens des Gemeindevorstehers ein Antrag um Bewilligung von Nachtragskrediten vorgelegt worden. Die überschrittene Summe belief sich auf rund 270 000 Zloty, diese war jedoch im Gesamtetat dadurch ausbalanciert worden, daß an mehreren anderen Positionen fast die gleiche Summe erspart wurde, so daß die Nachbewilligung eigentlich nur eine Formsache war, die man debattelos erledigte. Doch galt es auch für dasselbe Rechnungsjahr dem in seinem Amt verhängten Bürgermeister Wackermann die Entlastung zu erteilen. Die Finanzkommission, welche die Revision der Bücher und Belege in einer Sondersitzung vorgenommen hatte, legte ein Prüfungsprotokoll vor, in dem mehrere Fehltritte verzeichnet waren, die einer Aufklärung bedurften. Herr Polak gab daraufhin bekannt, daß alle vorgefundenen Mängel sowohl seitens der Aufsichtsbehörde als auch seitens der Finanzkommission bereits einer höheren Instanz zwecks Untersuchung vorgelegt sind. Daraufhin ist in den übrigen Punkten dem suspendierten Bürgermeister Wackermann die Entlastung erteilt worden. Desgleichen lag noch ein Antrag des Gemeindevorstehers Polak vor, der für das bereits zu Ende gehende Rechnungsjahr 1927/28 Nachtragskredite in Höhe von 130 000 Zloty forderte. Nach Begründung dessen durch Herrn Polak wurde die Notwendigkeit der Nachbewilligung anerkannt und demgemäß beschlossen. Ferner wurde beschlossen, zum Ankauf von Schulmaterial für die hiesige Fortbildungschule die Arbeitgeber mit je 4 Zloty pro Schüler jährlich zu belasten. Fernerhin billigte die Gemeindevertretung den Beschluß der Bürgermeister Ostoberschlesiens, sich an der Posener Landesausstellung zu beteiligen, und bewilligte dafür ½ Prozent aus den Gesamteinnahmen. Den strittigsten Punkt in den Sitzungen des letzten Jahres bildete die Anlegung eines Sportplatzes seitens der Gemeinde. Die für diesen Zweck gewählte Kommission legte nun gestern einen Plan vor, der den Ort, wo der Sportplatz angelegt werden soll, endgültig in die Nähe des Schweizerteiches verlegte. Nach kurzer Debatte wurde der Plan genehmigt.

Wiederum lagen eine Anzahl Unterstützungsanträge aus anderen Ortschaften vor. So verlangt ein Komitee aus Pleß Geld zum Bau eines Volkshauses. Die Gemeinde Limanowa ersuchte um Mittel zum Bau einer Volkshochschule. Beides wurde abgelehnt, während man für technische Schulzwecke nach Warschau 200 Zloty bewilligte. Die vom Rektor Bronny, der vom Dienst entlassen wurde, angefertigten Pläne von der Gemeinde Schwientochlowitz wurden als hervorragend anerkannt und beschlossen, diese auf Gemeindekosten in allen Schulen und öffentlichen Gebäuden auszuhängen. Bei dieser Gelegenheit wurde seitens der deutschen Fraktion lebhaftes Bedauern darüber geäußert, daß man einen so tüchtigen und verdienten Pädagogen nur wegen einer geringfügigen politischen Aeußerung auf der Stelle entlassen hat. — Daraufhin wurde die Oeffentlichkeit ausgeschlossen und in geheimer Sitzung noch verschiedene Angelegenheiten, welche die Gemeindeangestellten und Beamte betrafen, erledigt.

Börsenkurse vom 15. 2. 1928
(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich =	8.91¾ zł
		frei =	8.93 zł
Berlin	100 zł	=	46.98 Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.	=	212.75 zł
	1 Dollar	=	8.91¾ zł
	100 zł	=	46.98 Rmk.

Königshütte und Umgebung

Erhöhung der Wählerzahl nach den Einsprüchen. Im Wahlkreise 38 (Königshütte, Schwientochlowitz, Tarnowitz, Lubliniż) waren bei der ersten Auslegung der Wahllisten für den Sejm 190 456, für den Senat 127 621 Wahlberechtigte eingetragen. Nach Verlauf der Einspruchsfrist und Ablauf der Eintragungen erhöhte sich die Zahl der Wahlberechtigten für den Sejm auf 194 543, für den Senat auf 130 213 Personen. Daraus kann die Wichtigkeit der Einsichtnahme in die Listen, auch für die Zukunft gefolgert werden. Somit entfallen nach den feststehenden Zahlen auf **Königshütte** für den Sejm 40 736 (vor den Einsprüchen 39 768) Wähler für den Senat 28 206 (27 421). — Auf den Kreis **Schwientochlowitz** kommen 105 763 (103 659) für den Sejm, für den Senat 69 944 (68 741) Wähler in Betracht. — Für den Kreis **Tarnowitz** kommen für den Sejm 29 615 (29 044), für den Senat 19 841 (19 454) Wähler in Frage. — Die Zahl der Wähler beträgt im Kreise **Lubliniß** für den Sejm 18 429 (17 985) für den Senat 12 220 (12 005).

Kontrolle der Radiobesitzer. In den nächsten Tagen sollen durch Postbeamte in Königshütte Kontrollen durchgeführt werden, ob auch alle Radiobesitzer die vorschriftmäßige Anmeldung bei der Postbehörde durchgeführt haben. Man will auf diese Weise das Schwarzhören unterbinden, indem öfters unverhoffte Kontrollen durchgeführt werden. Wer sich vor Unannehmlichkeiten bewahren will, der besorge die Anmeldung beim Postamt.

Einer, der sich zu helfen weiß. Der jugendliche J. Ostrzolek aus Königshütte wollte gern an einem Beuthener Faschingsvergnügen teilnehmen. Dabei wäre nichts schlimmes, aber der Bursche, der als Bote bei einer Firma tätig ist, hatte kein Geld und so unterschlug er 138 Zloty, die er einkassiert hatte. Mit diesem Betrag zog er zu dem Maskenball nach Beuthen und ist bis heute noch nicht zurück. Der Bursche wußte sich zwar zu helfen, es ist nur fraglich, ob ihm auch später noch zu helfen sein wird.

Selbstmord. Der Arbeiter Josef Zgodzaj, von der ulica Jadwigi, beging Selbstmord durch Schweinfurther Grün. Aus welchen Beweggründen die Tat erfolgte, ist nicht bekannt.

Myslowitz

Ein Kommunistenschub. Ostoberschlesien hat wenig Kommunisten und da müssen etliche aus dem übrigen Polen geschafft werden. Tatsächlich wurde am vergangenen Montag ein größerer Schub Kommunisten aus Sosnowice nach Myslowice gebracht und in dem Myslowitzer Gefängnis untergebracht. Für die Myslowitzer war das ein großes Ereignis. Zwar hatte der Gefangenentransport der ungefähr aus 30 Gefangenen und annähernd soviel Wächter bestand, keine Aufschriften getragen, das da Kommunisten marschieren aber die Kommunisten machen aus ihrem Herzen keine Grube. Die Hochrufe auf den Kommunismus ließen sofort erkennen, worum es sich handelt. Wahrscheinlich hat man in dem ehemaligen Kongreßpolen in den Gefängnissen keinen Platz mehr, daß man die Kommunisten nach Oberschlesien schafft. In dem Myslowitzer Gefängnis ging es nach der Einlieferung der Kommunisten lebhaft zu. Den ganzen Nachmittag hörte man Gesang, Hochrufe auf den Kommunismus und die rote Fahne. Diese kommunistische Demonstration brachte viele Myslowitzer auf die Beine. Um das Myslowitzer Gefängnis sammelten sich den ganzen Nachmittag bis spät abends hunderte von Neugierigen. Die Polizei trieb die neugierigen Passanten immer wieder auseinander. Als das Licht ausgelöscht wurde, verlangten die Kommunisten Licht. Erst gegen 8 Uhr abends trat allmählich im Gefängnis Ruhe ein.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Gemeindevertretersitzung in Hohenlinde. Am 11. Februar um 18 Uhr fand hier eine außerordentliche Gemeindevertretersitzung statt. Zur Beratung stand die Anfrage der Wojewodschaft, ob die Gemeinde bereit ist, für die von der Wojewodschaft in der Gemeinde eventl. auszuführenden Wohnungsbauten die Zufahrtstraßen, Wege, Kanalisation, Wasserleitung und die Installierung der elektrischen Beleuchtung bis zum Hause (ausschließlich der Inneninstallation) auf Gemeindekosten ausführen zu lassen. Da dies für Ausführung von Wohnungsbauten durch die Wojewodschaft die üblichen Bedingungen sind und um der großen Wohnungsnot zu steuern, wurde das Angebot der Wojewodschaft angenommen mit dem Hinzufügen, daß infolge des großen Mangels an Bauplätzen für Hohenlinde nur der Bau von Blockhäusern in Frage kommen kann. Die Gemeinde ist bereit, die Verwaltung der Wohnungen eventl. kostenlos zu übernehmen. Von der Vergebung der Ofensetz- und Dielungsarbeiten für das Gemeindewohnhaus durch die Baukommission wird Kenntnis genommen. Die Starostei verlangt die Anschaffung von Bildern des Staatspräsidenten für sämtliche Klassenzimmer. Das kostet die arme Gemeinde 1000 Zloty. Fast regelmäßig ist die Gemeinde nicht in der Lage, ihre Angestellten am Monatsersten zu bezahlen. Das Budget ist erschöpft, woher das Geld nehmen. Der Gemeindevorsteher wird eine Anleihe aufnehmen müssen. Schon jetzt gleichen die Korridore und Räume im Amtsgebäude und in den Schulen einer Bildergalerie.

Rätselhafter Diebstahl. Aus dem Magazin der Hubertushütte ist auf rätselhafte Weise eine größere Menge Metall verloren gegangen. Es ist nicht das erstemal, daß ein derartiger Diebstahl auf der Hubertushütte vorgekommen ist, ohne daß der Dieb festgestellt werden konnte. Wird man diesmal den Dieb finden? Bemerkenswert ist, daß vor zirka Jahresfrist in Verbindung mit einer Angelegenheit betr. Weißmetall ein Angestellter der Hubertushütte gerichtlich bestraft worden ist. Im Zusammenhang damit munkelt man, daß eine gewisse Verwaltungsstelle ein Interesse daran hat, den Fall nicht zur Kenntnis der Generaldirektion zu bringen

Pleß und Umgebung

Eine polnische Zeitung in Pleß.

Die Sanacja Moralna, die um das Geld nie in Verlegenheit geraten kann, geht daran, für den Kreis Pleß eine polnische Zeitung herauszugeben. Dabei soll das nicht etwa eine Zeitschrift sein, die nur für die Wahlzeit bestimmt ist, nein sie soll schon immer erscheinen. In Pleß erscheint ein deutsches Blatt „Anzeiger für den Kreis Pleß" und da kann man in den Sanacjakreisen nicht ruhig schlafen, daß es gerade ein deutsches und nicht ein polnisches Blatt ist. Man entschloß sich also einen „Głos Ziemi Pszczyńskiej" (Stimme des Plesser Kreises) herauszugeben. Vorläufig wird der „Glos" als eine besondere Beilage der „Polska Zachodnia" erscheinen und wenn dann die Verhältnisse es erlauben, soll es in Pleß in der Druckerei Alfons Lokay gedruckt werden. Die Nr. 1 des Blattes ist bereits am vergangenen Sonntag erschienen und bringt eine Aufforderung an die Leser, die es noch gar nicht hat, jede Haus- und sonstige Agitation der Deutschen dem Blatte sofort anzumelden. Also gleich in der ersten Nummer wird das Denunziantentum dem Nationalismus zu Ehren und Rettung großgezüchtet. In dem Leitartikel kündigt der „Glos" an, daß er sich auch der Arbeiterinteressen annehmen werde. Gott bewahre die Arbeiter vor solchen Freunden, die dem Nationalismus zur Ehre dem polnischen Arbeiter gegen seinen deutschen Kameraden eine Parke in die Hand drücken. Gegen den Korfanty zieht das Blatt ebenfalls von der Leber, genau so wie die „Polska Zachodnia". Tatsächlich ist das eine Fortsetzung der „Polska Zachodnia", höchstens nur mit dem Unterschied, daß es nur noch bischen dümmer ist, als diese.

Nikolai. (Gründung der sozialistischen Jugend.) Am Sonntag, den 12. Februar fand in Nikolai eine Gründungsversammlung der sozialistischen Jugend statt. Nachdem sich in Nikolai die Arbeiterbewegung auf freigewerkschaftlichen, sowie auch auf kulturellen Gebiet entfaltet hat, ging man jetzt auch dazu über, um die Jugend zu organisieren. Zu dieser Gründung hatten sich selbstverständlich eine stattliche Anzahl Jugendlicher eingefunden. Als Referenten sind sich hier erschienen die Jugendgenossen Birkhan-Kattowitz und Siegert-Königshütte. Nach Eröffnung durch den Gen. K. übergab er dem Gen. Birkhan das Wort, zu seinem Referat „Zweck und Ziele" der Arbeiterjugend. In aufklärendem Sinne begeisterte derselbe die Jugend und legte den Zweck und das Ziel der Jugend am politischen Leben dar, um einst in späterer Zukunft dem Sozialismus eine stark geschulte Armee zu liefern. Zur Diskussion, die eine sehr lebhafte war, an der sich die Junggenossen sowie die alten Genossen beteiligten, ergriff noch der Bezirksleiter der Jugend Gen. Siegert das Wort und ergänzte noch einiges zu dem Referat und forderte, daß die alten Genossen die Jugend tatkräftig zu unterstützen, damit die Jugend in Nikolai auf die Höhe kommt, wie Kattowitz und Königshütte. Nun schritt man zur Wahl des Vorstandes und ohne Zögern entschlossen sich die Junggenossen und Genossinnen die Aemter anzunehmen, diesem Vorstand wurde noch ein Jugendleiter zugegeben, aus der Wahl ging der Gen. K. hervor. Zum Schluß sang die Jugend das Lied: „Wann wir schreiten Seit' an Seit'" und noch einige andere. Hierauf fand die Versammlung ihr Ende und man blieb noch einige Stunden in gemütlichen Spielen beisammen.



Jugend=Beilage



Die Jugend im Wahlkampf

Die Bürgerlichen haben stets behauptet, daß die Arbeiterbewegung, besonders aber die Jugendbewegung das Werk einzelner Hetzer und Aufwiegler ist; das stimmt naturgemäß nicht. Beide Bewegungen sind nicht durch Einzelpersonen entstanden, sondern haben ihren Ursprung in den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen und werden bestehen, solange diese nicht zugunsten der arbeitenden Klasse eine Umwandlung erfahren haben. Im allerersten Entwicklungsstadium der gesamten Arbeiterbewegung glaubte man, daß unser Ziel in nächster Nähe läge, heute sehen wir, daß die Befreiung der arbeitenden Klasse aus kapitalistischer Herrschaft ein Werk von Jahrzehnten, ja, sogar von Generationen sein wird. Aus dieser Tatsache geht klar und deutlich hervor, daß ständig innerhalb unserer Bewegung ein Nachwuchs vorhanden sein muß, der die Arbeit der älteren Kämpfer aufnimmt, um sie fortzuführen und schließlich einstmals zu beenden. Und das kann natürlich nur ein Jungproletariat sein!

Es gab immer Skeptiker, die der Meinung waren, daß die Jugend nicht politisiert werden darf. Daher finden wir auch im Bürgertum eine Jugend, die eigentlich garnicht weiß, welchen Zweck ihr Dasein hat. Auch wir als Partei wollen unserer Jugend nicht das Vorrecht, jung zu sein, nehmen; denn damit würden Frohsinn, Jugendlust und alle die herrlichen Freuden echten Jugendtums fallen. Unsere Arbeiterjugend soll von ganzem Herzen ihre Jugend erleben, soweit die Möglichkeit dazu geboten ist. Sie soll und darf aber nicht vergessen, daß sie als Jungproletariat auch Pflichten zu erfüllen hat, die allerhand Anforderungen an die Jugendlichen stellt. Und dies gilt natürlich nicht nur für die sozialistische Jugend in Polen, sondern für die jungen Sozialisten der ganzen Welt.

Seitdem den jungen Menschen beiderlei Geschlechts mit der Gewährung des Wahlrechts vom 21. Lebensjahre ab die Möglichkeit gegeben wurde, aktiv an der Staatsarbeit mitzuwirken, sind sie bis zu einem gewissen Grade zur Verantwortlichkeit erwacht und mehr denn je, wie es die Zahlen der Jugendinternationale beweisen, drängen sie sich in unsere Jugendorganisationen. Dabei müssen wir aber feststellen, daß gerade die Jugendlichen mitunter den radikalsten Richtungen angehören. Woher kommt das? In jedem echten Jungproletarier wohnt, oft ganz unbeeinflußt, ein heißer Wille zur Tat. Und diese Tatenlust findet nur zu oft Ausdruck in ungestümen, begeisterten Ansichten, die aber dann, wie es schon manchem ergangen sein wird, an der kühlen Wirklichkeit zerschellen. Wir brauchen die Sehnsucht der Jugend nach Taten, nach Andrang, nach Umgestaltung. Aber die Jugend muß einsehen, daß heute die Tat etwas ganz anderes ist wie in vergangenen Zeiten. Die Welt hat sich gewendet, nicht blindwütiges Dreinhauen nutzt uns, wie der Weltkrieg bewiesen hat, sondern friedliches, verständiges Aufbauen mit dem vollendeten Willen zum Frieden. Darum kann auch die Arbeit, nach der sich die Jugend sehnt, nicht ein Zerschlagen sein, wenn ihr etwas nicht paßt, sondern sie soll sich daran gewöhnen, einen Kampf mit demokratischen Mitteln zu führen. Der beste Beweis für das Gerechtigkeitsgefühl der Jugend ist ihr Wille, am Klassenkampf mitzuwirken. Dazu gehört aber in erster Linie **jeder Wahlkampf.**

Auch wir in Polen stehen momentan vor einem solchen Ereignis, nur wenige Wochn trennen uns von einer Entscheidung, die natürlich in allererster Linie **das Schicksal des arbeitenden Volkes sein wird.** Die Wahlen zum Warschauer Sejm bieten den Jugendlichen, soweit sie 21 Jahre alt sind, Gelegenheit, ihr Staatsbürgerrecht auszuüben. Zum schlesischen Sejm ist ihnen dieses Recht beschnitten und zwar mit Hilfe der **Christstlichen Demokratie und der guten, deutschen Sejmfraktion,** die scheinbar Grund haben, gerade die jugendlichen Arbeiterstimmen zu fürchten, deshalb wurde das Wahlalter auf 25 Jahre heraufgesetzt. Aber es wird immerhin eine ganze Anzahl sein, die **am 4. März den Weg zur Wahlurne antritt.** Es ist zu hoffen, daß die jugendlichen Wähler des Proletariats sich ihres verantwortungsvollen Rechtes voll und ganz bewußt werden und selbstverständlich ihre Stimme nur einer Partei geben, die ihre Interessen vertritt, in diesem Falle der **Liste Nr. 2,** welche die polnischen und deutschen Sozialisten gemeinsam bindet. Unter unseren Jugendgenossen beiderlei Geschlechts aber sind eine ganze Menge vorhanden, die noch nicht das Wahlalter erreicht haben. Was können nun diese tun, um auch praktisch das Ihre zum Erfolg beizutragen?

O, da gibt es viel Arbeit! Keine Hand ist zu viel, für Jeden, der arbeiten will, ist eine Fülle von Anregungen da! Soweit wir dies noch von den Kommunalwahlen her wissen, haben sich ja alle Jugendlichen hilfreich zur Seite der Partei gestellt. Und wir hoffen, daß sie auch in diesem außerordentlich schweren Kampfe, der uns bevorsteht, tapfer mitmachen werden. Es gilt, Flugblätter zu verteilen, verschiedene Gänge zu übernehmen, vor allem aber, auch Agitation zu treiben, soweit es eben einem Jugendlichen angemessen ist.

Darum, Jugendgenossen und Jugendgenossinnen! **Stellt Euch für die Wahlarbeit zur Verfügung,** nichts sei Euch zu gering, nichts zu viel, alles ist **Dienst am Gelingen** unserer und damit Eurer Sache! Zeigt denen, die des Kämpfens müde geworden sind, wie Ihr Jungen schafft **an der Erfüllung des Sozialismus!** Zwingt aber auch die Gegner durch unerschütterlichen Gleichmut in ihre Schranken! **Helft Alle, Jungens und Mädels, daß der 4. März ein Bekenntnistag für den eisernen Willen des Proletariats werde, eine neue eine schönere Welt zu gestalten. Es lebe der Sieg der Liste Nr. 2!**

Alice Kowoll.

Arbeiterjugend und Kino

Von Fritz Rosenfeld.

Siebenundfünfzigtausend Kinos gibt es auf der Erde. Rund siebzig Millionen Menschen sitzen täglich in diesen Kinos. Rund siebzig Millionen Menschen folgen der Lockung, die von den grellbunten Plakaten, den Bildern und Lichtern ausgeht, siebzig Millionen Menschen folgen täglich dem Ruf ihrer Sehnsucht, nach acht und mehr Arbeitsstunden eine Stunde lang in eine andere Welt zu blicken, abgelenkt zu werden vom Alltag, sich zu „zerstreuen“, sich zu unterhalten.

Niemand darf den Menschen einen Vorwurf daraus machen, daß sie so oft ins Kino gehen. Nichts ist begreiflicher, als daß der Arbeitsmensch nach seiner Tagesfron seiner Umgebung entfliehen und sich mit Hilfe flimmernder Bilder auf der weißen Leinwand in eine andere Welt versetzen will. Eine gerechte und klassenlose Gesellschaft könnte das Kino zum idealen Aufenthaltsort dieser abgehärmten, abgehetzten Arbeitsmenschen machen, könnte ihnen dort Erholung, neues Erleben, tiefe Freude schenken und einen weiteren Blick in die Wunder dieser Welt.

Aber unsere Gesellschaft ist nicht gerecht und nicht klassenlos. Das Kino gehört der herrschenden Klasse. Um einen Film zu erzeugen, ist sehr viel Geld notwendig. Dieses Geld gibt der herrschenden Klasse die Macht über das Kino. Und die Macht über das Kino gibt der herrschenden Klasse eine ungeheuerliche, in ihrer Ausdehnung kaum abschätzbare Macht über das Bewußtsein der Menschen, über das Denken und Handeln der großen Masse, die im Kino Entspannung und Erholung vom Alltag sucht.

Diese Macht ist kaum einer anderen vergleichbar. Wie viele Menschen hören einen Vortrag? Wie viele sehen ein Theaterstück? Wie viele lesen ein Buch? Einen Vortrag hören zweitausend, ein Theaterstück sehen vielleicht hunderttausend, ein Buch

Lied unserer Jugend

Von Alfons Petzold.

Wir sind die junge Garde
der freiheitsfrohen Zeit;
der roten Welt Standarte
sei unser Tag geweiht.

In uns ist alles Blüte
zur Größe und zur Macht;
durch uns wird Licht und Güte
in diese Welt gebracht.

In uns ist Frühlingsglaube
in winterlicher Zeit;
wir graben aus dem Staube
die Blume Menschlichkeit.

In uns ist all das Hoffen,
das diese Welt verlor;
o seht, steht nicht schon offen
der Zukunft Sternentor?

Es winkt in seinem Glanze!
Kam'raden, rührt den Schritt,
dann wandert bald die ganze
lichtfrohe Erde mit.

---

lesen vielleicht fünfhunderttausend, vielleicht eine Million Menschen. Was bedeutet das neben der Menschenzahl, die einen Film sieht? Ein großer Film gelangt zu hundert, zu zwei-, dreihundert Millionen Menschen und noch mehr. Nicht die verbreitetste Zeitung, nicht einmal das Radio, das durch die Grenzen der Sprache gehemmt ist, reicht so weit. Da gibt es auf der ganzen Erde aber tausende kleine Ortschaften und Dörfer, die keinen Vortrag und kein Theater kennen, in die kaum je ein Buch sich verirrt, in die kaum je eine Zeitung kommt. In all diese kleinen Orte kommt der Film.

Und in all diesen kleinen Orten predigt er ebenso wie in den glänzenden Filmpalästen der großen Städte die Lehre von der glücklichen und gerechten Gesellschaft, in der wir leben, von den „Segnungen“, die der Kapitalismus, der Militarismus das Kaiser- und Königtum, die Herrschaft der Millionäre und Milliardäre über die Menschheit bringt.

Aber dieser bürgerliche Film ist klug. Er predigt nicht offen, o nein. Ihr wollt euch doch unterhalten? Nun gut, unterhaltet euch. Seht diese harmlose, einfache Geschichte, in der der junge Arbeiter der Tochter des Millionärs das Leben rettet und sie heiratet. Lustig ist das, flott, man sieht hübsche Menschen, hübsche Kleider, schöne Landschaften, prächtige Feste. Ihr denkt nicht daran, daß euch hier gepredigt werden soll, diese unsere Welt ist eine ideale Welt, jedem steht der Weg zum Reichtum offen, er muß nur das Glück haben eine Millionärstochter retten zu dürfen; wer ein armer Teufel bleibt, der ist nur selbst schuld an seinem Elend; gerecht ist unsere Gesellschaft, wozu braucht es dann den Klassenkampf, von dem die verfluchten Sozialisten immer reden?

Oder eine andere harmlose, heitere Geschichte: Da ist ein Kaiser, er mag nun Josef heißen oder anders, der will ein Mädel aus dem Volke heiraten. Er ist ein Mensch wie die andern, nein, er ist unglücklicher als die andern. Denn der Pepi darf seine Marie heiraten, wenn er sie liebt, der Kaiser Josef aber darf das nicht. Er muß sich für sein Volk „opfern“. Er ist unglücklich, damit sein Volk durch ihn „glücklich“ sei. Und da gibt es noch Leute, die von den Verbrechen der Monarchie zu sprechen wagen? Ja, übersehen die denn ganz, daß alle Kaiser und Könige der Welt nur ein Leben der Opferbereitschaft für ihre Völker geführt haben? Und da behaupten immer noch böse Revolutionäre, daß Kaiser und Könige ihre Völker ausgeplündert und in den Tod der Schlacht gehetzt haben?

Oder ein Lustspiel; fesche Offiziere, lustige Menschen, Grafen, Adelige, fidele Mädchen. Eine schöne Welt war das doch beim Militär! Wenig Arbeit, viel Vergnügen. Und das soll nicht wiederkommen? Weil diese dreimal verdammten Sozialisten im Militär ein Knechtungsorgan der herrschenden Klasse, weil sie im Soldaten nur das Kanonenfutter für die imperialistischen Gelüste des Kaisers, für die Geschäfte der Börsianer und Kanonenfabrikanten sehen?

Ob nun der Graf das arme Mädel heiratet oder die Prinzessin den armen Gärtner, ob nun der Verbrecher bestraft und der beschuldigte brave Mann reingewaschen, oder der Schurke, der dem armen Mädchen die Farm rauben wollte, erschossen und der tapfere Trapper durch die Hand des Mädchens belohnt wird, ob wir einen edlen Fabrikanten oder einen feschen Offizier, eine wohltätige Dame oder einen leutseligen Kaiser sehen, immer zeigt der Film eine Welt, wie sie nicht ist, eine Welt der Lüge, des Scheins, immer ist er bewußter, hinterhältiger Betrug am Kinopublikum, das angeblich nur unterhalten in Wirklichkeit aber davon überzeugt werden soll, daß unsere Gesellschaft die beste und einzig mögliche, die menschlichste und gerechteste und daß vor allem der Klassenkampf vollkommen unnötig ist.

Bürgerlicher Klassenkampffilm — das ist der „harmlose“ Unterhaltungsfilm in neun von zehn Fällen. Und diese bürgerlichen Klassenkampffilme machen den größten Teil des Kinoprogramms aus. Und diese Filme, in denen nur zu oft die Revolution und das Proletariat offen beschimpft werden, muß die Arbeiterschaft stillschweigend hinnehmen?

Siebzig Millionen Menschen sitzen täglich in den Kinos der Erde. Wißt ihr nun, was das Kino für ein Machtmittel in den Händen der herrschenden Klasse ist? Könnt ihr nun abschätzen, was das Kino für den Entscheidungskampf zwischen Arbeit und Kapital bedeutet, in dem wir gegenwärtig stehen?

Wo das Kino auf die Seite der arbeitenden Menschen tritt, mit den russischen Filmen etwa, dort stößt es auf den erbitterten Widerstand des Bürgertums. Man hat in vielen Ländern ein Mittel, den revolutionären Film aus dem Kino zu verbannen oder ihn zumindest so zu verstümmeln, daß er „ungefährlich“ (nämlich dem Bürgertum ungefährlich) wird: die Zensur. Aber die Vormachtstellung des Bürgertums auf dem Gebiet des Films und das Gewaltmittel der Unterdrückung aller Wahrheit und Wirklichkeit im Kino durch die Zensur werden nicht verhindern können, daß auch das Kino eines Tages von der Arbeiterschaft erobert wird. Anzeichen einer für das Proletariat günstigen Wendung des Kampfes um das Kino zeigen sich schon.

Die erste Vorbedingung der Eroberung des Kinos für die Sache der Arbeiterschaft, die Eroberung dieser wichtigen Waffe im Kampf um die Macht über die Gehirne der Menschen ist die Erkenntnis der Klassengebundenheit des Kinos, ist die Erkenntnis der versteckten kapitalistisch-reaktionären Tendenz der scheinbar „harmlosen“ Unterhaltungsfilme.

Mächtig ist der Gegner Kino nur, solange wir ihn nicht durchschaut haben. Sind seine Schliche und Winkelzüge erkannt, das Gewebe seiner Lügen und Falschmeldungen zerhauen, dann ist es mit seiner Macht zu Ende.

Stoßtrupp in diesem Kampf gegen und um das Kino sei die Arbeiterjugend!

Eine Gestalt aus der Kinderzeit

Von Hermann Hesse.

Der krumme, alte Hausierer, ohne den ich mir die Falkengasse und unser Städtchen und meine Knabenzeit nicht denken kann, nur ein rätselhafter Mensch, über dessen Alter und Vergangenheit nur dunkle Vermutungen im Umlauf waren. Auch sein bürgerlicher Name war ihm seit Jahrzehnten abhanden gekommen, und schon unsere Väter hatten ihn nie anders als mit dem mythischen Namen Hotte Hotte Putzpulver gerufen.

Obwohl das Haus meines Vaters groß, schön und herrschaftlich war, lag es doch nur zehn Schritt von einem finsteren Winkel entfernt, in welchem einige der elendsten Armutsgassen zusammenliefen. Wenn der Typhus ausbrach, war es gewiß dort; wenn mitten in der Nacht sich betrunkenes Schreien und Fluchen erhob und die Stadtpolizei zwei Mann hoch langsam und ängstlich sich einfand, so war es dort; und wenn einmal ein Totschlag oder sonst etwas Grausiges geschah, so war es auch dort. Namentlich die Falkengasse, die engste und dunkelste von allen, übte stets einen besonderen Zauber auf mich aus und zog mich mit gewaltigem Reize an, obwohl sie von oben bis unten von lauter Feinden bewohnt war. Es waren sogar die gefürchtetsten von ihnen, die dort hausten. Man muß wissen, daß in Gerbersau seit Menschengedenken zwischen Lateinern und Volksschülern Zwiespalt und blutiger Hader bestand, und ich war natürlich Lateiner. Ich habe in jener finsteren Gasse manchen Steinwurf und manchen bösen Hieb auf Kopf und Rücken bekommen und auch manchen ausgeteilt, der mir Ehre machte. Namentlich dem Schuhmacherle und den beiden langen Metzgerbuben zeigte ich öfters die Zähne, und das waren Gegner von Ruf und Bedeutung.

Also in dieser schlimmen Gasse verkehrte der alte Hotte Hotte, so oft er mit seinem kleinen Blechkarren nach Gerbersau kam, was sehr häufig geschah; es war ein leidlich robuster Zwerg mit zu langen und etwas verbogenen Gliedern und dummschlauen Augen, schäbig und mit einem Anstrich von ironischer Biederkeit gekleidet; vom ewigen Karrenschieben war sein Rücken krumm und sein Gang trottend und schwer geworden. Man wußte nie, ob er einen Bart habe oder keinen, denn er sah immer aus, als wenn er sich vor einer Woche rasiert hatte. In jener üblen Gasse bewegte er sich so sicher, als wäre er dort geboren, und vielleicht war er das auch, obwohl er uns immer für einen Fremden galt. Er trat in alle diese hohen finsteren Häuser mit den niedrigen Türen, er tauchte da und dort an hochgelegenen Fenstern auf, er verschwand in die feuchten, schwarzen, winkligen Flure, er rief und plauderte und fluchte zu allen Erdgeschossen und Kellerfenstern hinein. Er gab allen diesen alten, faulen, schmutzigen Männern die Hand, er schäkerte mit den derben, ungekämmten, verwahrlosten Weibern und kannte die vielen strohblonden, frechen, lärmigen Kinder mit Namen. Er stieg auf und ab, ging aus und ein und hatte in seinen Kleidern, Bewegungen und Redensarten ganz den starken Lokalduft der lichtlosen Winkelwelt, die mich mit wohligem Grausen anzog und die mir trotz der nahen Nachbarschaft doch seltsam fremd und unerforschlich blieb.

Wir Kameraden aber standen am Ende der Gasse, warteten, bis der Hausierer zum Vorschein kam und schrien ihm dann jedesmal das alte Schlachtgeheul in allen Tonarten nach: Hotte Hotte Putzpulver! Meistens ging er ruhig weiter, grinste auch wohl verachtungsvoll herüber; zuweilen aber blieb er wie lauernd stehen, drehte den schwerfälligen Kopf mit bösartigem Blick herüber und senkte langsam mit verhaltenem Zorn die Hand in seine tiefe Rocktasche, was eine seltsam tückische und drohende Gebärde ergab.

Dieser Blick und dieser Griff der breiten braunen Hand war schuld daran, daß ich mehrere Mal von Hotte Hotte träumte. Und die Träume wieder waren schuld daran, daß ich viel an den alten Hausierer denken mußte und zu ihm in ein seltsames, verschwiegenes Verhältnis kam, von welchem er freilich nichts wußte. Jene Träume hatten nämlich immer irgend etwas aufregend Grausiges und beklemmten mich wie Alpdrücken. Bald sah ich den Hotte Hotte in seine tiefste Tasche greifen und lange scharfe Messer daraus hervorziehen, während mich ein Bann am Platze festhielt und mein Haar sich vor Todesangst sträubte. Bald sah ich ihn mit scheußlichem Grinsen alle meine Kameraden in seinen Blechkarren schieben und wartete gelähmt vor Entsetzen, bis er auch mich ergreifen würde.

Wenn der Alte nun wieder kam, fiel mir das alles beängstigend und aufregend wieder ein. Trotzdem stand ich aber mit den anderen an der Gassenecke und schrie ihm seinen Uebernamen nach und lachte, wenn er in die Tasche griff und sein unrasiertes,

farbloses Gesicht verzerrte. Dabei hatte ich heimlich ein heillos schlechtes Gewissen und wäre, solange er um den Weg war, um keinen Preis allein durch die Falkengasse gegangen, auch nicht am hellen Mittag.

Das war der Hotte Hotte Putzpulver. Seither bin ich aus dem Knaben ein Mann geworden, unser Städtlein ist gleichfalls gewachsen, ohne dabei schöner geworden zu sein, und sogar in der Falkengasse hat sich einiges verändert. Aber der alte Hausierer kommt noch immer, schaut in die Kellerfenster, tritt in die feuchten Flure, schäkert mit den verwahrlosten Weibern und kennt alle die vielen ungewaschenen, strohblonden Kinder mit Namen. Er sieht etwas älter aus als damals, doch wenig verändert, und es ist mir seltsam, zu denken, daß vielleicht noch meine eigenen Kinder einmal ihn an der Falkenecke erwarten und ihm seinen alten Uebernamen nachrufen werden.

Wandernahrung

Wenn ich auf Fahrt oder in Jugendherbergen bin, horche und sehe ich immer gerne umher, welche Ersatzstoffe für die verbrauchten Kräfte die anderen „Tippelbrüder und -schwestern" ihrem Körper zuführen. Im allgemeinen habe ich gefunden, daß bei der Auswahl der Nahrungsmittel die gleiche Gedankenlosigkeit und ernährungswissenschaftliche Unkenntnis sich zeigt, wie „bei Muttern". Daß für die Jugendwanderer die Billigkeit und einfache Zubereitung der Nahrungsmittel das Ausschlaggebende sein muß, ist bei der Unterernährtheit ihres Geldbeutels und bei ihrem ungeduldigen Magen durchaus verständlich. Doch diese Bedingungen brauchen keineswegs zu verhindern, sich eine wirkliche kraftspendende, Körper und Geist nicht belastende „Wandernahrung" zu verschaffen. (Gerade die Frische und Unbeschwertheit des Geistes ist, beim Wandern besonders, für die Tiefe des Erlebens der Natur und Umwelt ungemein wichtig!)

Die beste „Wandernahrung" wird die sein, die die beim Wandern aufgebrauchten Kraftstoffe voll ersetzt, die Körper und Geist nicht mit „Schlacken" beschwert, die billig nud schnell zubereitet ist. Falsch ist nach den neuesten Erkenntnissen der Ernährungswissenschaft die Meinung, daß unsere Nahrung bei Anstrengungen, recht eiweißreich sein müsse (wie Eier- und Wurstpakete bei Schulreisen und Familienfahrten!). Eiweiß ist Baustoff, weniger Energiespender. Der Genuß von hochwertigen Eiweißstoffen (Fleisch), Wurst, Erbswurst, Eier) ist nicht nur teuer, sondern auch sehr ermüdend (übermäßige Schlackenbildung, erhöhte Verbrennung im Körper, Durst!). Die Kraftstoffe unserer Nahrung sind vielmehr Fette und Kohlehydrate, Vitamine und Mineralstoffe. Deshalb muß unsere Wandernahrung, wenn nicht ganz, so doch zum größten Teil aus den Trägern dieser Stoffe bestehen, aus Fettstoffen, Früchten (frisch und getrocknet), Gemüse, Kartoffeln, Wurzeln (Möhren!).

Auf halbjähriger Wanderfahrt konnte ich die nachteilige Wirkung der Fleischnahrung und den Vorzug eiweißarmer Kost erkennen. Für die nicht geringen Anstrengungen einer dreiwöchigen Alpenkraxelei (30 Pfund Belastung) war eine Nahrung, die in der Hauptsache aus Schwarzbrot, Kartoffeln, Butter, Dürrobst, Nüssen und frischen Möhren bestand, durchaus ausreichend. Getränke waren frisches Bergwasser, oft auch Zitronenwasser. Mein Körpergewicht blieb unverändert. Bei einer Sommerfahrt im Böhmerwald kamen zu den erwähnten Speisen noch Salate von Tomaten und Gurken. Frisches Obst und Sauerkraut waren oft eine billige Zukost zu Brot oder Kartoffeln. Stärkende Mahlzeiten lassen sich auch schnell und billig herstellen von Haferflocken oder „grütze und Frisch- oder Dörrobst (Bananen, Pflaumen, Rosinen).

Wichtig ist, daß die Hauptmahlzeit am zeitigen Abend nach dem Wandern liegt. Während des Wanderns ist es besser, eine Viertelstunde länger zu ruhen, als fünf Minuten länger zu essen. Wenn früh die erste Mahlzeit recht bescheiden und Rohkost ist, wird der Genuß der Wanderung in den jungen Morgen entschieden erhöht.

Rundfunk

Gleiwitz Welle 250 — Breslau Welle 322,6

Allgemeine Tageseinteilung:

11,15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12,15—12,55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12,55: Nauener Zeitzeichen. 13,30: Zeitansage, Wetterbericht Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13,45—14,45: Konzert auf Schallplatten. 15,30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus. 22: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst.

Donnerstag, den 16. Februar. 16.30—18.00: Unterhaltungskonzert. — 18.00: Uebertragung aus Gleiwitz: Abt. Volkskunde. — 18.30: Abt. Sport. — 19.00: Dritter Wetterbericht, anschließend Funkwerbung. — 19.05—19.35: Hans Bredow-Schule. Abt. Handelslehre. — 19.35—19.55: Englische Lektüre. — 20.05: Till Eulenspiegel. — 21.00: Uebertragung aus Gleiwitz: Bunte Stunde. Anschileßend: Die Abendberichte und Funktechnischer Briefkasten. Beantwortung funktechnischer Anfragen. — 22.30—23.00: Uebertragung aus Berlin: Funktanzstunde. — 23.00—24.00: Tanzmusik.

Kattowitz — Welle 422

Donnerstag. 16.40: Polnischer Sprachunterricht. 17.45: Uebertragung aus Warschau. 19.35: Vortrag. 20.30: Konzert. 22.30: Tanzmusik.

Posen — Welle 344,8.

Donnerstag. 12.05: Vortrag. 12.30: Schallplattenkonzert. 17.20: Vortrag. 17.45: Literaturstunde, übertragen aus Warschau. 19.10: Englischer Unterricht. 19.35: Vortrag. 20.30: Abendkonzert. 22.00: wie vor. 22.30: Tanzmusik.

Warschau — Welle 1111,1

Donnerstag. 12.00: wie vor. 12.05: Vortrag. 12.30: Konzert für die Schuljugend. 16.25: Für die Pfadfinder. 16.45: Vorträge. 19.35: Englischer Unterricht. 20.30: Uebertragung aus Krakau. 22.30: Tanzmusik.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Königshütte. Die Naturfreunde. Am Donnerstag, 16. Februar, abends 7½ Uhr, findet im Vereinszimmer des Dom Ludowy ein Unterhaltungsabend, verbunden mit Lichtbildervortrag über die hohe Tatra statt.

Königshütte. Am Mittwoch, abends 7½ Uhr, Vortrag. Büfettzimmer, Volkshaus. Referent Herr Dudek.

Gieschewald-Nickischschacht. Sonntag, den 19. Februar, vormittags 10 Uhr, Vortrag über die „Geschichte der Ehe" von Dr. Bloch, im Gasthaus Gieschewald-Schnapka.

Versammlungskalender

Kattowitz. Holzarbeiter. Sonntag, den 19. Februar, vormittags 10 Uhr, findet im Zentralhotel eine allgemeine Holzarbeiterversammlung statt. Ref. Genosse Kowoll.

Königshütte. Vertrauensmänner des D. M. V. Donnerstag, den 16. Februar, abends 7½ Uhr, im Volkshaus, Vertrauensmanner-Sitzung.

Königshütte. Freidenker. Sonntag, den 19. Februar, vorm. 9½ Uhr, Monatsversammlung.

Eichenau. Generalversammlung der Bergarbeiter. Die vereinbarte Generalversammlung findet am 19. d. Mts., vorm. 9½ Uhr, und nicht wie angegeben um 3 Uhr, statt. Lokal wird durch den Vertrauensmann bekanntgegeben.

Laurahütte. Ortskartell. Donnerstag, den 16. Februar, abends 7½ Uhr, bei Herrn Kozdon, Sitzung des Ortskartells.

Vermischte Nachrichten

Dreißig Jahre freiwilligen Schweigens.

In der polnischen Gemeinde Chorkowka starb dieser Tage ein gewisser Samuel Frommer, der der „Schweigsame" hieß, weil er seit dreißig Jahren auf Grund eines Gelübdes auch nicht ein einziges Wort gesprochen hatte. An dieses Gelübde knüpft sich die folgende merkwürdige Geschichte, Vor dreißig Jahren hatte sich der Mann im Laufe eines heftigen Streites mit der Gattin zu dem Fluch hinreißen lassen, daß sie zur Strafe für ihre Sünden bei lebendigem Leibe verbrennen solle. Der Zufall fügte es, daß wenige Tage später im Frommerschen Hause Feuer ausbrach, wobei die Frau mit den beiden Kindern in den Flammen umkam. Verzweifelt über das Zusammentreffen der Wirklichkeit mit der in einem Augenblick der Wut ausgesprochenen Verwünschung begab sich Frommer zu dem Wunderrabbi des Ortes, dem er seinen Fall mit der Bitte unterbreitete, ihm eine Buße aufzuerlegen. Nach kurzem Besinnen riet ihm der Rabbi, zur Strafe für die Sünde dem Munde, der sich des Verbrechens schuldig gemacht habe, bis zu seinem Tode kein Wort mehr entschlüpfen zu lassen. Frommer legte auch das Gelübde des Schweigens ab und hat es dreißig Jahre lang, bis zu seinem jetzt erfolgten Tode, streng gehalten. Während dieser ganzen Zeit hat er sich theologischen Studien gewidmet und Werke geschrieben, die nach dem Urteil der Sachverständigen hohen wissenschaftlichen Wert haben sollen.

Die Tante mit dem Heiratsgesuch.

Ein heiratslustiger junger Berliner (so lesen wir in der „Neuen Leipz. Zeitung") liest eine „ihm passende" Heiratsanzeige. Darin sucht jemand „für meine Nichte", die als hübsches, junges Mädchen mit Vermögen und Aussteuer geschildert wird, den geeigneten Mann. Anträge an eine Chiffre. Der heiratslustige junge Mann schreibt seinen Bewerbungsbrief und wird in eine Wohnung bestellt. Dort erwartet ihn eine ältliche, aber jugendlich aufgeputzte Dame — die Tante ihrer Nichte. Man unterhält sich sehr gut, es gibt Likör, Kaffee und Kuchen, und die Tante ist fabelhaft nett, eigentlich netter, als es Tanten sein sollten, die ihre Nichten verheiraten wollen — —

Dann erzählt der junge Mann, daß er sich in augenblicklicher Geldverlegenheit befinde, und die Tante schenkt ihm 50 Mark. Und dann geht er — ohne daß von der Nichte ein Wort gesprochen wurde. Zu Hause angekommen, überlegt sich der junge Mann die Sache, findet, daß die Tante alt und die junge Nichte nicht vorhanden ist, und — geht nicht mehr hin. Worauf die Tante sehr erzürnt zum Kadi geht, weil sie ihre 50 Mark zurückhaben möchte.

Die Richter machen verzweifelte Gesichter. Aus der Verhandlung erfährt man von der Existenz eines anderen jungen Mannes, der auch die Nichte heiraten wollte und auch an die Tante geriet.

„Wo ist eigentlich diese Nichte?" fragte der Vorsitzende.

„In — in — in München!" ist die Antwort.

München ist weit. Der Angeklagte wird freigesprochen, denn man ist davon überzeugt, daß der Unterschied zwischen Nichte und Tante seine 50 Mark wert wäre . . .

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich, wohnhaft in Król. Huta; für den Inseratenteil: Anton Rzyttki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse" Sp. z ogr. odp., Katowice; Druck: „Vita", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice. Kościuszki 29.